



Gesellschaftlicher Dialog zur Flüchtlingsintegration



Zweiter Runder Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“
am 13. April 2016 in Frankfurt am Main





Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender Stiftung „Lebendige Stadt“

Liebe Leserinnen und Leser,

die Flüchtlingskrise ist nach wie vor ein beherrschendes Thema: Auf der Suche nach Zuflucht und Schutz strömen Tausende Menschen in unser Land. Deutschland gewährt diesen Menschen in größter Not und Verzweiflung Hilfe und etwas Hoffnung.

Doch die Flut der Einwanderer traf Deutschland unvorbereitet und brachte große Teile unserer Stadtverwaltungen an die Grenze der Belastbarkeit. Erstunterbringungen mussten in Windeseile eingerichtet und die Neuankömmlinge versorgt werden. Mit intensivem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, selbstlosem, ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und unzähligen Spenden wurde dieser schwierigen Situation begegnet. Ohne Frage, hier wurde bereits Großes geleistet.

Doch wie geht es jetzt weiter? Zwei ganz zentrale Aufgaben bestehen in der langfristigen Unterbringung und der Integration der zu uns geflüchteten Menschen und derer, die noch kommen. Wie vermeiden wir Ghettoisierungen, wie vermitteln wir Sprache, kulturelle Werte, Verhaltens- und Rechtsnormen und wie schaffen wir Ausbildungs- und Arbeitsplätze? Und ganz entscheidend ist dabei, wie wir die eigene Bevölkerung bei diesem umfassenden Prozess mitnehmen.

Auch die Stiftung „Lebendige Stadt“ möchte ihren Beitrag dazu leisten. Unser Kuratoriumsmitglied Wolfgang Tiefensee verglich die Stiftung stets mit den „Runden Tischen“, die es während des deutschen Vereinigungsprozesses gab. Während der Diskussionsrunden zur Deutschen Einheit kamen Akteure unterschiedlichster politischer Couleur, Professionen und Sichtweisen zusammen und haben ihr Know-how eingebracht. Eine vergleichbare Funktion erfüllt auch unsere Stiftung mit ihren vielfältigen Gremienmitgliedern.

Daher war es uns ein großes Anliegen, die Themen „Wohnraumschaffung“ und „Integration“ an einem „Runden Tisch“ zu diskutieren. Die Veranstaltung auf dem Frankfurter Römerberg hat uns viel Input für unsere Stiftungsarbeit geliefert, und auch die Teilnehmer haben viele Ideen mitgenommen. Mit dieser Publikation möchten wir Ihnen einen Überblick über unseren Austausch am „Runden Tisch“ vermitteln, der vielleicht auch Anregungen für Ihre Arbeit vor Ort gibt. Vielleicht kommen Sie auch zu dem Ergebnis, dass ein „Runder Tisch“ für den Dialog zwischen Politik und Bürgern in Ihrer Stadt hilfreich sein könnte.

Ihr Alexander Otto
Vorsitzender des Kuratoriums
Stiftung „Lebendige Stadt“

„Die Flüchtlingskrise als Chance“

**von Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Chairman des Advisory Councils
von Roland Berger und Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung
„Lebendige Stadt“**

Auch wenn die Flüchtlingszahlen rapide sinken: Integration bleibt eine Mammutaufgabe, die uns politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich massiv herausfordert. Seit Januar letzten Jahres sind mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge zu uns gekommen, zwei Drittel von ihnen sind männlich, zwei Drittel unter 30 Jahre alt, weit mehr als zwei Drittel haben keinen qualifizierenden Bildungsabschluss. Die Schlussfolgerung daraus ist zunächst ernüchternd: die überwiegende Zahl der Flüchtlinge ist jung, männlich, gar nicht oder schlecht gebildet. Keine leichte Integrationsaufgabe!

Wie wir diese Herausforderung bewältigen können, ist in den vergangenen Monaten kontrovers diskutiert worden. Klar geworden ist: Wir brauchen Überzeugungen, Geld und sicher viel Geduld. Aber wir müssen auch schnell sein; jeder Mensch braucht eine Perspektive, (fast) jeder Flüchtling möchte selbstbestimmt für das eigene Leben sorgen. Um aus der Herausforderung eine Chance zu machen, sind für mich deswegen die folgenden sieben Punkte wichtig:

Erstens: Die Integration wird uns dann gelingen, wenn wir unsere Wirtschaftspolitik konsequent auf Wachstum ausrichten. Nur das schafft erst die Freiheitsgrade, die wir brauchen – finanziell und vor allem auf unseren Arbeitsmärkten. Deswegen gilt für mich: Integrationspolitik ist vor allem auch gute Wirtschaftspolitik. Je schneller es uns gelingt, unsere derzeitige Wachstumsrate von 1,5% auf unser Potenzialwachstum von 2% hochzuschrauben, desto mehr Menschen haben auch zukünftig eine Chance, selbstbestimmt ihr Auskommen zu finden – trotz voranschreitender Digitalisierung.

Zweitens: Zu einer gelungenen Integration gehört auch, schnell Klarheit zu schaffen – wer darf bleiben, wer muss wieder gehen? Bei allem Verständnis für überforderte Ämter und Behörden, die von der Flüchtlingswelle überrollt worden sind – jetzt geht es um eine massive Verbesserung und Beschleunigung der Erfassungs- und Asylverfahren. Fundiert, fair, solidarisch – aber auch schnell. Immerhin: Daran wird mit Hochdruck gearbeitet, erste Erfolge sind sichtbar.

Drittens: Die Integration wird uns dann gelingen, wenn wir für mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten und in der Ausbildung sorgen. Wer qualifiziert ist und arbeiten will, sollte das auch sofort tun können. Also: keine Sperrfristen, keine Vorrangprüfung! Für junge Flüchtlinge müssen wir zusätzliche Optionen schaffen, zum Beispiel durch den Drei-plus-zwei-Ansatz: Jeder, der eine dreijährige Ausbildung antritt, kann in dieser Zeit nicht abgeschoben werden und nach der Lehre noch mindestens zwei Jahre bleiben. Oder indem wir die Ausbildung stärker differenzieren in einen praktischen Teil, der vielen Flüchtlingen entgegenkommt, und einen späteren theoretischen Teil, der dann zu einer vollwertigen Ausbildung führt.

Viertens: Wie wichtig Deutschlernen für die Integration ist, haben wir mittlerweile alle verstanden. Es geht nicht nur um Sprachfähigkeiten, sondern mit Sprache werden auch Kultur und Werte transportiert. Für ein Gelingen der Integration können wir hier noch mehr tun: Warum sollte nicht jeder von Anfang an und unabhängig vom Stand seines Asylverfahrens Zugang zu Deutschkursen haben? Das kostet zwar mehr Geld, schafft aber sinnvolle Beschäftigung und gibt Perspektiven.

Fünftens: Die Integration wird uns dann gelingen, wenn wir die Prioritäten richtig setzen. Keiner lernt schneller als Kinder, keiner kann schneller integriert werden. Wir sollten also jetzt massiv in Kindergärten und Schulen investieren. In zusätzliches Personal, aber auch in den Bau von neuen Einrichtungen. Denn gerade in den Großstädten, wo doch die meisten leben wollen und werden, reichen die Kapazitäten schon heute nicht.

Sechstens: Mit Kultur Kulturen verbinden. Die Integration wird uns dann gelingen, wenn wir unsere kulturellen Institutionen stärker einbinden: Musik, bildende Kunst, Theater, Tanz. Überall dort, wo Menschen zusammenkommen, gemeinsam Konzepte, Visionen und Werke erschaffen, erleben oder diskutieren. Auch das geht nicht ohne zusätzliche Förderung. Aber sie ist es wert, denn das Verständnis für unser Denken und unsere Werte ist doch entscheidend. Und auch, wenn es hochtrabend klingt: Auch im Sportverein lernt man deutsche Kultur kennen.



Prof. Dr. Burkhard Schwenker,
Chairman of the Advisory Council
Roland Berger GmbH

Der siebte Punkt ist für mich der wichtigste: die Übernahme persönlicher Patenschaften. Versetzen wir uns in die Lage vieler Flüchtlinge: Traumatische Erfahrungen in der Heimat und auf der Flucht, alles ist hier anders und neu – unsere Lebensumstände, unsere Sprache, die Bedeutung von Religion. In einer solchen Situation braucht es Richtung, Vertrauen, Zuwendung. Auch ganz konkrete Hilfe: auf den Ämtern, bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach Arbeit. Diese Hilfe kann nicht alleine vom Staat und seinen Institutionen geleistet werden. Die Integration wird dann gelingen, wenn wir uns persönlich engagieren: als Pate, als Vertrauter, als Erklärer und Betreuer. Viele tun das schon. Aber wir könnten noch viele mehr motivieren, wenn wir Plattformen schaffen, die dabei helfen: durch Erfahrungsaustausch, durch Vernetzung, durch Anleitung und Hilfestellung.

Jeder dieser sieben Punkte trägt dazu bei, Integration zu schaffen. Mit allen sieben zusammen können wir aus der Herausforderung eine Chance machen: Für mehr Vielfalt, neue Talente, mehr Flexibilität. Und für mehr Menschlichkeit, denn wir müssen denen entgegenreten, für die – wie Papst Franziskus es formuliert – Migrant sein ein Verbrechen ist. Indem wir uns auf unsere Werte besinnen. Auf unser Grundgesetz. Auf Menschenwürde und die Freiheit des Einzelnen. Dann bewältigen wir auch die Herausforderung vor Ort: über die Willkommenskultur in den Kommunen, mit den richtigen Konzepten und mit schnellen, pragmatischen Lösungen. Über den persönlichen Einsatz jedes Einzelnen von uns. Lassen wir uns diese Chance nicht entgehen. Für uns und für alle, die bei uns Zuflucht suchen.

Die Studie „Die Flüchtlingskrise als Chance“ wird von der Roland Berger Stiftung herausgegeben und steht über <http://www.rolandbergerstiftung.org> zum Download bereit.

Gemeinsam die Herausforderung meistern – ein Wort zur Flüchtlingspolitik aus Sicht der Wohnungswirtschaft

von Rolf Buch, Vorsitzender des Vorstandes, Vonovia SE und Mitglied
im Stiftungsrat der Stiftung „Lebendige Stadt“

Der Umgang mit den Hunderttausenden von Menschen, die in diesen Wochen Zuflucht in Europa suchen, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gemeinsam aufgerufen, pragmatische Lösungen zu finden, um die Aufgaben zu bewältigen, die uns alle, wenn auch in ganz unterschiedlichen Ausprägungen, betreffen.

Persönlich bin ich der Meinung: Wer angesichts der verstörenden Bilder von überfüllten Booten auf dem Mittelmeer und von verzweifelten Menschen an Grenzzäunen in Griechenland oder Mazedonien, die auch in den Herkunftsländern im Fernsehen zu sehen sind, dennoch mit Kind und Kegel den gefährlichen Weg nach Europa wagt, der tut das nicht nur wegen eines schickeren Autos oder eines größeren Fernsehers. Diese Menschen verlassen ihre Heimat, weil dort Krieg und Unterdrückung herrschen, weil sie dort verfolgt werden, oder, auch dies ist ein durchaus legitimer Grund, weil sie für sich, ihre Kinder und Enkel keine Perspektiven sehen.

Die Politik ist in diesen Tagen zwischen den Aufgaben, Unterbringung und Versorgung der Menschen im Land zu koordinieren und gleichzeitig die Ursachen der Flucht zu bekämpfen, hin- und hergerissen. Auf Dauer wird ein Ansturm von Millionen von Menschen für Deutschland und Europa nicht verkraftbar sein; Aufnahmekapazitäten und Bereitschaft sind begrenzt, und anders als bei einer, etwa nach konkreten Fachkräftebedarfen, gesteuerten Zuwanderung sind die Integrationsaufgaben derzeit ungleich größer. Deswegen ist es in unserem ureigenen Interesse, die Krisen im Nahen Osten und in Nordafrika schnell zu beenden. Unterdessen kümmern sich hier, in Deutschland, Hunderttausende Freiwillige und Ehrenamtliche sowie Mitarbeiter in Verwaltungen, Polizisten, Ärzte und Soldaten um die Menschen, die bereits den Weg zu uns gefunden haben. Eine der Hauptaufgaben ist es, allen, die da sind, ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.

Hier kommt die Wohnungswirtschaft als Akteur ins Spiel, doch gleichzeitig tun sich neue Herausforderungen auf. Wir haben in Deutschland kein „Flüchtlingsproblem“ am Wohnungsmarkt, sondern wir haben in Deutschland erst einmal ein Wohnungsproblem, das derzeit durch die zusätzliche Nachfrage verschärft wird. In den Ballungszentren, in Hamburg, Köln, München, Stuttgart, im Rhein-Main-Gebiet oder auch in Düsseldorf und Berlin waren Wohnungen schon immer knapp. Die Knappheit war nur bisher politisch nicht so sehr auf der Tagesordnung und bekommt jetzt durch zunehmende Nachfrage weitere Brisanz.

Die Wohnungsunternehmen sehen ihre Pflicht und auch ihre gesellschaftliche Aufgabe darin, im Rahmen ihrer Möglichkeit den Kommunen zu helfen. Viele Unternehmen haben Wohnungen an Kommunen vermietet, haben Flächen für temporäre Gebäude oder Gewerberäume als Notunterkünfte zur Verfügung gestellt. Auch Vonovia hat mittlerweile mehrere Tausend Wohnungen bereitgestellt und mit zahlreichen Kommunen in ganz Deutschland Kooperationsverträge geschlossen.

Das Hauptproblem ist jedoch: Im Gesamtbestand, insbesondere in den nachfragestarken Ballungszentren, sind kaum noch freie Wohnungen vorhanden. Der Leerstand bei Vonovia liegt konzernweit bei unter drei Prozent, vielfach technischer Leerstand, durch Fluktuation oder auf-

grund von Modernisierungen. Für viele, Deutsche wie Ausländer, war es vorher schon schwer, eine Wohnung zu bekommen. Nun werden perspektivisch mehrere hunderttausend Menschen nach Anerkennung ihres Asylstatus ebenfalls bezahlbaren Wohnraum nachfragen – dieser Aufgabe müssen wir uns stellen.

Die eine Antwort auf die Herausforderung ist der Neubau. Wir müssen mehr Wohnungen bauen – schnell, in den Städten und nicht an ihren Rändern, und zu bezahlbaren Preisen und damit moderaten Mieten. Wir bauen heute in Deutschland zu wenig Wohnraum, und wir bauen den falschen. Von rund 350.000 fertiggestellten Wohnungen in 2015 waren nur rund 70.000 im bezahlbaren Segment.

Warum wird in Deutschland zu wenig neu gebaut? Das liegt zum einen an hohen Standards, die hohe Kosten verursachen und in großen Teilen auch an zu viel Bürokratie. Es ist derzeit kaum möglich, Wohnungen zu bauen, die sich später für eine Miete unter zehn Euro pro Quadratmeter vermieten lassen. Vonovia setzt auf Aufstockung, Nachverdichtung sowie die Entwicklung und den Bau von Typenhäusern, mit einem großen Augenmerk auf den Baustandard, etwa im energetischen Bereich, um die Baukosten zu senken.



Rolf Buch, Vorsitzender des Vorstandes, Vonovia SE

Im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen unter der Leitung der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit haben Politik, Bau- und Wohnungswirtschaft im vergangenen Jahr eine Reihe sehr sinnvoller und praktikabler Vorschläge erarbeitet, wie wir schneller und günstiger bauen können, ohne dabei übergeordnete Ziele, wie etwa den Klimaschutz oder eine hohe Bauqualität, aus dem Blick zu verlieren. Mit Sorge ist jedoch festzustellen, dass seitdem bekannt gewordene neue politische Vorhaben, wie eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung, Vorschläge für einen Klimaschutzplan 2050 oder auch weitere Reformen beim Mietrecht, den Beschlüssen des Bündnisses diametral entgegenstehen. Es drängt sich das Bild eines Autos auf, in dem zwei Menschen versuchen, gleichzeitig Gas zu geben und zu bremsen. Dies kann und wird nicht funktionieren. Was wir – auch und gerade mit Blick auf die anstehenden Aufgaben bei der langfristigen Unterbringung von Zuwanderern – dringend brauchen, sind mutige Entscheidungen auf allen politischen Ebenen, von den Kommunen bis zum Bund, die raschen und kostengünstigen Neubau ermöglichen.

Um zu neuem, günstigen Wohnraum zu kommen, müssen wir auch das serielle Bauen einer Neubewertung unterziehen. In der Öffentlichkeit schwingt stets die Sorge nach einer Renaissance des Plattenbaus der DDR mit. Wenn man sich aber beispielsweise Anbieter von Einfamilienhäusern ansieht, stellt man fest, dass hier Typenhäuser mit standardisierten Elementen seit Jahrzehnten Alltag sind. Ein solches Vorgehen, ergänzt zum Beispiel um entsprechende, in allen 16 Bundesländern geltende Typengenehmigungen, brauchen wir auch für den Geschosswohnungsbau. Vonovia wird noch in diesem Jahr erste Projekte mit einem für uns entwickelten Haustyp beginnen und zeigen, dass Typenhäuser auch im Geschosswohnungsbau wirtschaftlich sinnvoll und gleichzeitig optisch und technisch zeitgemäß sind.

Wichtig ist, dass wir – ganz im Sinne erfolgreicher Integration und mit dem Wissen um Fehler in den 60er und 70er Jahren – die neuen Siedlungen nicht isoliert an die Ränder der Städte setzen,

sondern sie sinnvoll in den städtischen Kontext integrieren. Deswegen kommen der Nachverdichtung bestehender Quartiere und der Aufstockung bestehender Gebäude eine große Bedeutung zu. Sie sparen Kosten bei Grund und Boden sowie Infrastruktur, sie erleichtern Integration, und können zu einer Verbesserung sozialer Strukturen beitragen. Geringerer Flächenverbrauch ist zudem auch ökologisch sinnvoll. Solche Projekte gegen manche Widerstände betroffener Anwohner voranzubringen, ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Wohnungswirtschaft.

Neben dem notwendigen Neubau von Wohnraum ist die zweite Herausforderung die Integration der Zuwanderer im Quartier. Wir reden derzeit viel über Integration in Schule oder Arbeitsmarkt – doch im allerersten Schritt müssen sich die Menschen in ihrer neuen Nachbarschaft zurechtfinden; und die Alteingesessenen mit den Neuen nebenan. Dafür brauchen wir Quartiersmanager, dafür brauchen wir Integrationshelfer. Es bedarf zusätzlicher Sprachkurse und mancher praktischer Anleitung für das Leben in einem neuen, fremden Kulturkreis. Das wird eine Kraftanstrengung, die die Kommunen nicht alleine leisten können. Hier ist der Staat in seiner Gesamtheit gefragt, unabhängig eines manchmal fragwürdigen Klein-Kleins der unterschiedlichen Ebenen.

Um die angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in den Ballungsräumen temporär zu entlasten, und die notwendigen Neubauten erstellen zu können, muss auch noch einmal über eine Verteilung der Flüchtlinge nachgedacht werden, die sich stärker am zur Verfügung stehenden Wohnraum orientiert. In ländlichen Räumen herrscht teilweise Leerstand, hier ist Integration mitunter leichter zu bewerkstelligen. Das geplante Wohnortzuweisungsgesetz ist ein ermutigendes Signal, das helfen wird, etwas Zeit zu gewinnen. Doch machen wir uns nichts vor: Über kurz oder lang werden viele derjenigen, die hierher kommen, um neue Perspektiven zu suchen, in die Großstädte ziehen. Deswegen müssen wir jetzt handeln, Politik, Gesellschaft und Wohnungswirtschaft gemeinsam.



Torsten Albig, Detlef Scheele



Teilnehmerliste „Runder Tisch“ in Frankfurt am Main

Moderation: Dr. Hanspeter Georgi, Minister für Wirtschaft und Arbeit a.D., Saarland

Teilnehmer:

Torsten Albig, Ministerpräsident Schleswig-Holstein
 Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart
 Michael Batz, Theatermacher und Szenograf
 Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender Vonovia SE
 Kirsten Bruhn, Leistungsschwimmerin, Paralympisches Gold 2004, 2008 und 2012
 Olaf Cunitz, Bürgermeister der Stadt Frankfurt a.M.
 Gerhard Fuchs, Staatsrat a.D., Hamburg
 Dr. Jürgen Gehb, Vorstandssprecher Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
 Robert Heinemann, Senior Director ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG
 Dr. Eckart John von Freyend, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Hamborner Reit AG
 Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
 Prof. Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe
 Miriam Koch, Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf
 Wolfgang Kopitzsch, Bezirksamtsleiter Hamburg-Nord a.D., Polizeipräsident a.D.
 Lutz Lienenkämper, Parl. Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion NRW
 Prof. Dr. Dittmar Machule, Em. Professor HafenCity Universität
 Dr. Andreas Mattner, Präsident ZIA
 Abraham Naeim, Vorstandsvorsitzender alma terra e.V.
 Aygül Özkan, Geschäftsführerin DB Kreditservice GmbH
 Reinhard Paß, Oberbürgermeister a.D. Essen
 Jürgen Roters, Oberbürgermeister a.D. Köln
 Dr. Thomas Schäfer, Hessischer Finanzminister
 Detlef Scheele, Vorstand Bundesagentur für Arbeit
 Josef Schmid, Bürgermeister der Stadt München
 Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate
 Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister a.D. Köln
 Nurhan Soykan, Generalsekretärin Zentralrat der Muslime in Deutschland
 Anselm Sprandel, Leiter Zentraler Koordinierungsstab Hamburg
 Edwin Schwarz, Wirtschafts- und Planungsdezernent a.D. Frankfurt a.M.
 Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Chairman of the Advisory Council Roland Berger
 Dr. Michael Vesper, Vorstandsvorsitzender Deutscher Olympischer Sportbund
 Prof. Jörn Walter, Oberbaudirektor Hamburg
 Dr. Joachim Wieland, CEO, Aurelis Real Estate

Runder Tisch in Frankfurt am Main – Mitschrift Gesellschaftlicher Dialog zur Flüchtlingsintegration



Dr. Hanspeter Georgi

Dr. Hanspeter Georgi (Moderation): Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zum zweiten „Runden Tisch“ der Stiftung „Lebendige Stadt“. Ich begrüße alle Gremienmitglieder und heiße alle externen Experten herzlich willkommen. Lassen Sie mich zur Einführung des Themas erst einmal kurz darauf hinweisen, dass es mich sehr gefreut hat, dass die Stiftung „Lebendige Stadt“ das Thema „Flüchtlinge“ angekündigt hat und nicht „Flüchtlingskrise“. Das fand ich wohltuend. Vor uns liegt eine Herausforderung, und wir müssen schauen, wie wir diese Herausforderung gemeinsam in Deutschland und in Europa managen.

Heute geht es um die beiden Schwerpunkte „Wohnraumbeschaffung“ und „Integration“. Wir wollen beide Schwerpunkte getrennt behandeln, wohlwissend, dass es eine Schnittmenge zwischen diesen beiden Themen gibt. Ich nenne nur das Stichwort „Ghettoisierung“.

Folgende Themen werden wir nicht behandeln: die große Politik, den Streit innerhalb der EU, den EU-Türkei-Pakt, auch nicht die Böhmermann-Affäre, den Kosten-Nutzen gesamtwirtschaftlicher Art, den demografischen Wandel und die Zuwanderung oder die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme. Uns geht es darum: Wie schaffen wir genügend Wohnraum und wie schaffen wir die Integration?

Ein Leitbild unserer Diskussion kann die Studie von Prof. Dr. Burkhard Schwenker sein, der heute auch mit am Tisch sitzt. Ich bedanke mich beim Vorstand, der uns vorbereitend zu der heutigen Diskussion diese Studie zur Verfügung gestellt hat. Auch wenn im Titel „Flüchtlingskrise“ vorkommt, zeigt sie dennoch, dass das als Chance zu begreifen ist. Eine sehr gute Agenda für unsere heutige Diskussion, entlang der wir unseren heutigen Diskurs führen können.

Am Montag konnten Sie in der FAZ einen Beitrag von Wolfgang Thierse lesen: Das Fremde und das Eigene. Das ist für mich als Moderator der geistige Überbau für das, was wir hier gemeinsam erarbeiten wollen.

Das Ziel für unsere heutige Diskussion ist, dass wir Elemente für einen Masterplan erarbeiten, wie es die Roland Berger Stiftung genannt hat. Also für eine Strategie. Und ich erinnere mich, dass man bei einer Strategie vier Module unterscheiden kann. Einmal brauchen Sie die Vision. Die Aussage, „Wir schaffen es“, wird alleine für eine solche Vision sicherlich nicht ausreichend sein. Das zweite ist, Sie brauchen ein Team. Das sind in unserem Fall die Akteure, die öffentlichen Hände, die Wirtschaft und natürlich auch die Bürgergesellschaft. Sie brauchen so etwas wie einen Erfolgswillen, die Motivation, das Problem lösen zu wollen. Und Sie brauchen als viertes Modul ein Controlling, das heißt, also auf der Zeitachse schauen: Wie weit sind wir? Wo müssen wir nachbessern? Soweit die Einführung.

Ich möchte jetzt mit dem Schwerpunktthema eins starten: Wohnraumbeschaffung. Und wir haben die Freude, dass unser Stiftungsratsmitglied, Herr Rolf Buch, einen Impuls dazu geben wird. Herr Buch ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender der Vonovia SE, er ist Mitglied des Board of Directors der European Public Real Estate Association und von daher ein profunder Kenner der Wohnungsbauwirtschaft. Ich darf vielleicht ein bisschen provozierend, Herr Buch, einleitend ein Zitat von unserem ehemaligen Stiftungsratsmitglied, Herrn Buschkowsky, bringen, dessen Thesenpapier „Unsere Werte sind nicht verhandelbar“ kürzlich veröffentlicht wurde: „Mit Blick auf die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen an Stellen, wo die Ausländer nicht so stören, sowie auf die in der Vergangenheit daraus entstandenen sozialen Brennpunkte und Parallelgesellschaften kann ich nur dazu raten, die Bauprogramme mit Bedacht umzusetzen. Der Bau von geschlossenen Siedlungen mit Billigwohnraum wird wieder zu ethnischen Clustern und Problemgebieten führen. Wir müssen eine Verteilung in der Fläche erreichen. Das dauert zunächst länger und ist widerstandsbelastet, wird sich aber in der Zukunft auszahlen“. Herr Buch, Sie haben das Wort.

Rolf Buch: Herzlichen Dank, Herr Dr. Georgi. Ich fühle mich sehr geehrt, bei meiner ersten Teilnahme gleich einen Impuls geben zu dürfen. Herzlichen Dank dafür. Das Zitat kann ich zu 100 Prozent unterschreiben, ich werde gleich noch einmal näher darauf eingehen.

Zuerst einmal bedauere ich, dass Staatssekretär Adler leider nicht anwesend sein kann, wie es im Programm vorgesehen war. Mit ihm habe ich mich über das Thema Bauen und damit natürlich auch verbunden über die zukünftige zusätzliche Nachfrage durch die Flüchtlinge ausgetauscht und ich werde versuchen, auch die Aspekte unserer Diskussion mit einzubringen. Lassen Sie mich vielleicht vorher eine Anmerkung in meiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des Wohnungsunternehmens Vonovia machen, aber auch als Gremiumsmitglied im Zentralen Immobilien Ausschuss, wo ich dann unter der Aufsicht von Herrn Dr. Mattner mitarbeiten darf und auch im GdW.

Wir haben in Deutschland kein Flüchtlingsproblem, sondern wir haben in Deutschland erst mal ein Wohnungsproblem, das vielleicht durch zusätzliche Nachfrage verschärft wird. Das Problem kennen Sie alle, insbesondere auch die Oberbürgermeister hier aus den großen Ballungszentren. Das ist kein neues Thema. Hamburg, Köln, München, Stuttgart, das Rhein-Main-Gebiet oder auch Düsseldorf und Berlin haben das Problem schon immer. Es war politisch bisher nur nicht so präsent auf der Tagesordnung und bekommt jetzt durch zunehmende Nachfrage weiter Brisanz. Wir als Wohnungsunternehmen sehen unsere Pflicht und auch unsere gesellschaftliche Aufgabe im Rahmen unserer Möglichkeit, den Kommunen zu helfen.

Wir reden ja hier über verschiedene Phasen. Wir reden über die Phase der Erstregistrierung, wir reden über die Phase der Unterbringung, bis das entsprechende Asyl gewährt wird, und eigentlich



Rolf Buch

erst, wenn das Asyl gewährt ist, kommen die neuen Bürger dann entsprechend auch als Nachfrager zu uns. Aber auch in dieser Zwischenphase versuchen wir zu helfen. Zum Beispiel über Kooperationsverträge mit den Kommunen, in denen wir Gewerberäume, die wir in kleinen Teilen haben, und natürlich auch Wohnraum zur Verfügung stellen. So sind mehrere tausend Flüchtlinge bei uns untergekommen. Und wir haben in Nordrhein-Westfalen mit der Landesregierung zum Beispiel ein Tool gebaut, wo wir der Landesregierung helfen, über alle Wohnungsunternehmen hinweg schnell herauszufinden, wo noch freie Wohnungen sind. Denn ein Problem von heute ist: Unser Unternehmen hat einen Leerstand von weniger als drei Prozent. Ein Teil dieses Leerstands wird auch gerade umgebaut, das heißt, der verfügbare Leerstand ist nahezu auf null geschrumpft. Und das ist leider nicht nur die Situation in unserem Unternehmen, sondern in allen vergleichbaren Unternehmen. Das heißt, wir sind in Deutschland heute wenigstens in den Ballungsstädten komplett ausvermietet und deswegen wird das Thema „Helfen“ faktisch auch immer schwieriger.

Zwei Themen sind dabei von Bedeutung, die auch zusammenhängen, wie Sie es im Zitat erwähnt haben. Das eine Thema betrifft den Neubau. Wir müssen uns bei dem Neubau auch mit dem Thema Integration beschäftigen. Dabei fällt auf: Wir haben viel Erfahrung aus den Großsiedlungen aus den 70er Jahren, und diese Erfahrungen würden wir ungerne noch einmal machen, sondern können hier viel lernen und dürfen sicher diesen Fehler nicht noch einmal machen. Aber zum Thema Neubau: Wir bauen heute in Deutschland zu wenig Wohnraum – noch viel schlimmer, wir bauen den falschen. Auch wenn der Neubau in den letzten Jahren stetig steigt – wir reden hier im letzten Jahr von 350.000 fertiggestellten Wohnungen, was ungefähr auch der Bedarf ist – ist es wichtig herauszustellen, dass nur 70.000 Wohnungen in das Segment „bezahlbar“ fallen. Das heißt, ein großer Anteil der Neubauten sind Penthousewohnungen, die als Zweit- und Drittwohnungen zum Beispiel in München benutzt werden. Die tragen leider überhaupt nicht dazu bei, das Wohnungsproblem zu lösen. Insofern müsste man die Zahlen des Neubaus einfach um Zweit- und Drittwohnungen korrigieren. Eine sehr erschreckende Situation, die zum Teil auch aus der Regulierung kommt, ist zum Beispiel die Situation in Berlin, wo mittlerweile mehr Eigentumswohnungen angeboten werden als Wohnungen zur Vermietung. Das hilft nicht, das Segment der

Menschen zu bedienen, die bezahlbaren Wohnraum benötigen. Dazu werden in Zukunft sicherlich auch unsere neuen Bürger in diesem Land zählen.

Doch warum bauen wir zu wenig? Das liegt zum einen an hohen Standards, die hohe Kosten verursachen und in großen Teilen auch an zu viel Bürokratie. Und dieser Fakt, dass wir zu wenig bauen, trifft alle: die Familien aus Syrien, aber auch die Krankenschwester in München oder den Polizisten hier in Frankfurt. Es ist derzeit kaum möglich, Wohnungen zu bauen, die in der Miete unter zehn Euro pro Quadratmeter liegen. Sie können das ausrechnen. Die Baukosten liegen heute zwischen 2.300 und 2.500 Euro pro Quadratmeter. Wenn Sie das hochrechnen, dann kommen Sie bei einer normalen Verzinsung und einer normalen Abschreibung auf eine Miete von mindestens zehn Euro. Deswegen müssen wir billiger bauen.

Wir, als Vonovia, setzen ganz stark auf Aufstockung, Nachverdichtung, Standardisierung und serielle Fertigung, und das eben auch mit einem kritischen Blick auf den Baustandard, etwa im energetischen Bereich. Diese Themen haben später auch massive Auswirkungen auf das Thema Integration. Ich möchte hier nicht zu viel sagen, aber gestern und in dieser Woche gab es zwei Gesetzesentwürfe, die beide sicher nicht dazu beitragen werden, dieses Problem zu entschärfen. Einer davon ist der EnEV, die hier ganz wesentlich die Baukosten erhöhen wird. Im Moment erscheint es teilweise so, als würde Bremsen und Gas geben gleichzeitig geschehen. Vom Auto wissen wir, dass das nicht so gut funktioniert. Ich kann nicht auf der einen Seite die Baukosten senken wollen und auf der gleichen Seite, sogar im gleichen Ministerium, dann die Baukosten auch noch erhöhen. Das macht keinen Sinn. Und ich glaube, hier muss koordiniert werden.

Bei Aufstockung und Nachverdichtung haben wir den großen Vorteil, dass Sie den Grund und Boden und auch die Infrastruktur nutzen, die vorhanden sind. Damit reduzieren Sie die Kosten immens. Auch versiegeln Sie bei einer Aufstockung keine zusätzlichen Flächen. Entscheidend ist für uns aber das Stichwort „Integration“. Ich kann in einem Hausflur, wo vielleicht acht Parteien sind, wunderbar zwei neue Wohnungen bauen und habe natürlich ideale Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Aber wir haben aus unseren eigenen Erfahrungen mit den großen Quartieren gelernt. Wenn man zu viel von einer Sorte Wohnraum hat, dann führt das zu Problemen. Und damit meine ich wirklich jede Sorte. Wenn Sie ein Haus nur mit Luxuswohnungen haben, ist das schlimm. Dann haben Sie nämlich irgendwann ein Problem mit den Wasserleitungen, die dann über Monate nicht benutzt werden. Insofern sind wir felsenfest davon überzeugt, dass es eine gesunde Mischung benötigt.

Wir haben hier in Frankfurt in der Mörfelder Landstraße sehr gute Erfahrungen mit dem Aufstocken auf bestehenden Gebäuden in Holzfertigteilbauten gemacht. Das heißt, wir setzen auf das Gebäude eine Etage mit Holzfertigteilen drauf. Nach Fertigstellung können Sie gar nicht sehen, dass das Gebäude aufgestockt wurde. Die Fassade sieht genauso aus, als ob sie gemauert wäre. Das ist für uns das Pilotprojekt, das wir jetzt in Deutschland ausrollen werden. Wir sind bereits dabei, auch in Nordrhein-Westfalen Ähnliches zu realisieren.

Unser Ziel bei Vonovia ist, die Baukosten von heute 2.500 auf zukünftig möglichst 1.500 Euro zu senken. Ich persönlich glaube, dass das zu schaffen ist. Das ist eine enorme Anstrengung, aber sie lohnt sich. Damit wären wieder Mieten von 7,00 bis 7,50 Euro möglich, die dann auch für einen Neubau im bezahlbaren Bereich liegen.

In der Zeitung stand kürzlich: Rolf Buch will den Plattenbau zurück. Und ich muss sagen: Ja, das stimmt. Ich glaube in der Tat, dass wir, wenn wir unserem Ziel von bezahlbarem Wohnraum näher kommen wollen, auch diesen Weg gehen müssen. Ich meine allerdings nicht den Plattenbau, den wir mit der DDR-Platte verbinden. Wir müssen eines deutlich festhalten: Die DDR-Platte ist in den

60er Jahren in einer Mangelwirtschaft entwickelt worden. Eine Wirtschaft 50 Jahre später sollte in der Lage sein, das besser zu machen. Jedem sollte klar sein: Wenn ich ein Haus einmal konzipiere und dann vielfach verkaufe, kann ich andere Preise aufrufen. Zudem kann ich die Konzeption weiterentwickeln und mehr Intelligenz reinbringen. Wir kennen heute bereits das Thema des standardisierten Bauens im Segment der Einfamilienhäuser, also das klassische Typenhaus. Wir haben in diesem Land aber verlernt und vergessen, dass wir das Typenhaus auch für den Geschosswohnungsbau brauchen. Interessanterweise gibt es hier Beispiele aus Schweden, wo übrigens mit deutscher Konzeption Typenhäuser im Geschosswohnungsbau gebaut werden. Das hat ganz erhebliche Effekte auf die Baukosten und damit letztlich auch auf die Mieten. Ich bin der Meinung, dass ein schönes Typenhaus im Geschosswohnungsbau, sowohl in München wie in Hamburg, gleichzeitig stehen kann. Insofern ist das ein wesentliches Thema. Und deswegen: Ja, bin ich für Plattenbau. Allerdings nicht für Plattenbau im Stile der alten DDR-Platte.

Was wichtig ist, und das war in dem Zitat von Herrn Buschkowsky auch das allerwichtigste: wenn wir über Plattenbau nachdenken, dürfen wir keine neuen Problemviertel in den Vorstädten schaffen. Das heißt, von Konzepten, Plattenbausiedlungen vor die Städte zu setzen, ist dringend abzuweichen. Ich kann Ihnen garantieren, dass wir mit Sicherheit nicht in solche Vorhaben investieren werden. Und ich rate jedem Stadtplaner, von solchen Planungen Abstand zu nehmen. Wir werden, auch gerade wenn wir integrieren wollen, immer nur ein Typenhaus in eine Siedlung setzen. Wir dürfen keine neuen Siedlungen bilden, die wir dann nur mit Flüchtlingen füllen. Das wäre einer der größten Fehler, die wir auch aus integrationspolitischer Sicht machen würden.

Ich glaube, dass in unseren Gebäuden nicht nur Luft nach oben ist, indem wir ein oder zwei Etagen aufstocken. In den 50er und 60er Jahren wurde teilweise sehr großzügig gebaut, sodass es noch viele große Freiflächen und große Parkplätze gibt, die wir nutzen sollten. Ich bin mir natürlich darüber im Klaren, dass wir bei den Anwohnern mit diesen Konzepten keinen Blumentopf gewinnen werden. Jemand, der 40 Jahre auf einen Baum oder in die Freiheit gesehen hat, der wird wahrscheinlich nicht so begeistert sein, wenn da jetzt ein Gebäude hingesetzt wird. Aber wir können nicht alle Ziele gleichzeitig erreichen. Deswegen müssen wir alle stark genug sein, diese Diskussionen miteinander durchzustehen. Anders wird es nicht gehen.

Wir sprechen hier aber auch über gesetzte Standards im Neubau. Wir haben ein sehr erfolgreiches Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen durchgeführt, wo wir in der Tat sehr konstruktiv zehn Punkte aufgesetzt haben, wie wir die Bezahlbarkeit gewährleisten können. Wenn ich jetzt aber lese, was das gleiche Ministerium zum Klimaschutzplan 2050 erarbeitet, dann kann ich nur eines sagen: das hat mit bezahlbarem Wohnen nichts zu tun. Und das wird nicht helfen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ich glaube, wir müssen auch hier Prioritäten setzen.

Weiterhin: Wenn ich auf der einen Seite mit Steuererleichterungen und Zuschüssen versuche, die Investitionsbereitschaft zu erhöhen und dann gleichzeitig aus dem Bundesverbraucherschutzministerium ein Entwurf kommt, der den Unternehmen, die dort investieren sollen, sozusagen die wirtschaftliche Basis für diese Investitionen entzieht, dann ist das noch mal Gas geben und Bremsen gleichzeitig. Das ist nicht hilfreich. Die Politik ist gut beraten, hier etwas mehr zu koordinieren.

Vielleicht noch ein ganz kleiner Punkt zum Thema Integration der Flüchtlinge: Wir hören viel über das Thema Flüchtlinge im Arbeitsmarkt, in Schulen, in Gesundheit, in innerer Sicherheit und mit Blick auf Jobperspektiven. Darauf möchte ich nicht eingehen, weil es letztlich nicht meine Kompetenz ist. Was aber ganz wesentlich ist, ist die Integration in den Wohnquartieren. Bevor wir die Menschen in einen Beruf integrieren und sie die Sprache erlernen, werden sie irgendwo wohnen müssen. Es ist sehr wichtig, dass die Menschen möglichst schnell aus den Turnhallen und den

temporären Unterkünften rauskommen. Und deswegen ist vielleicht der erste Schritt der Integration das Wohnquartier. Auch wir, mit einer etwas zweifelhaften Private-Equity-Vergangenheit, haben ja gelernt, wieder in Quartieren zu denken. Wir müssen darüber nachdenken, dass wir die neuen Bürger in unseren Quartieren frühzeitig integrieren. Dafür brauchen wir Quartiersmanager, dafür brauchen wir Integrationshelfer. Das wird eine Kraftanstrengung – das werden die Kommunen aus unserer Sicht nicht alleine schaffen können. Das wird auch viel Geld kosten und es wird sehr viel Aufwand mit sich bringen. Deswegen müssen wir uns bereits jetzt Gedanken machen, wie dieser Teil der Integration auch von anderen Seiten mitgetragen wird.

Wir müssen aber auch noch einmal über die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland sprechen. In den vergangenen Wochen haben wir mit dem Zentralen Immobilien Ausschuss unter der Leitung von Herrn Dr. Mattner eine Studie präsentiert, wo wir einen neuen Verteilungsschlüssel anstreben, also den Königsteiner Schlüssel noch mal in Frage stellen. Durch diesen neuen Verteilungsschlüssel könnten wir die Großstädte wenigstens temporär entlasten. Mit dem Erhalt eines Aufenthaltstitels und der damit verbunden freien Wahl des Wohnorts werden Großteile der neuen Bürger in die Großstädte strömen, weil es dort Arbeit gibt, weil es für sie dort attraktiv ist. Allerdings nach dem Konzept, was wir veröffentlicht haben, könnten wir temporär den Druck von den Großstädten nehmen, indem wir mehr Flüchtlinge auf die ländlichen Bereiche verteilen, wo wir ausreichend Wohnungen haben. Ich möchte hier deutlich unterstreichen, dass es auch im ZIA eine große Diskussion darüber gab und dieses neue Konzept keine langfristige Lösung ist. Es würde den Großstädten aber die Zeit verschaffen, die sie zur Wohnraumschaffung benötigen. Kurzfristig können wir dieses Problem gar nicht lösen. Wir sind nicht in der Lage, kurzfristig genug Wohnraum in Frankfurt, München, Düsseldorf, Berlin oder Köln zu schaffen. Das benötigt Zeit. Trotzdem: Die Anstrengungen in diesen großen Städten, weiter Wohnraum zu schaffen, dürfen dadurch nicht reduziert werden.

Lassen Sie mich vielleicht kurz zusammenfassen. Wir müssen in diesen großen Städten Wohnraum ganz wesentlich neu bauen, wir müssen den Neubau integrieren und wir müssen dort in Teilen neu denken. Das Thema serielles Bauen ist sicher nur ein Thema. Wir müssen, wenn wir Quartiere neu definieren, ganz wesentlich, auch in den Quartiersüberlegungen gleich Integration mit einbinden. Herzlichen Dank.

Dr. Hanspeter Georgi: Herzlichen Dank. Sie haben uns einen hervorragenden Problemaufriss dargelegt, Herr Buch. Ich würde jetzt bitten, dass Herr Dr. Gehb als Sprecher des Vorstands der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben seine Sicht schildert. Was kann der Bund mit dieser Anstalt beisteuern? Und danach würde ich die beiden Flüchtlingskoordinatoren, Frau Koch und Herrn Sprandel, bitten, aus ihrer Praxis zu dem Impuls von Herrn Buch Stellung zu nehmen.

Dr. Jürgen Gehb: Für mich ist es eine gute Gelegenheit, vor so einem Forum mit dem einen oder anderen Missverständnis aufzuräumen. In anderen Diskussionsrunden habe ich gehört, dass einige Landes- und Kommunalpolitiker in der Sache behauptet haben, der Bund, namentlich die BlmA, hätte für Flüchtlinge noch nicht einen einzigen Platz zur Unterbringung gebracht. Deshalb war es für mich auch sehr willkommen, ein bisschen mit dieser Faktenabstinenz aufzuräumen.

Die Wohnungsvermietung und auch die Schaffung von Wohnraum ist eigentlich eher nachrangig die Aufgabe der BlmA. In dem für uns einschlägigen BlmA- Errichtungsgesetz ist an prominenter Stelle im Paragraphen eins aufgeführt: Die BlmA hat nicht zu Dienstzwecken benötigte Liegenschaften wirtschaftlich zu verwerten – Punkt. „Nicht zu Dienstzwecken“ heißt: All' die Gebäude, in denen nicht Ministerien ressortieren, nachgeordnete Behörden, Bundesämter, Bundespolizei oder Zoll. Hier ist unser Portfolio eher gering. Also im Verhältnis, Herr Buch, zu Ihrer Vonovia sind wir ja eine Quantité négligeable. Wir haben 40.000 Wohnungen, in denen Menschen leben. Aber



Dr. Jürgen Gehb

was wir haben und worauf natürlich mit großer Begehrlichkeit geschaut wird, sind ehemals militärisch genutzte Liegenschaften, die wir einer zivilen Anschlussnutzung zuführen sollen. Da geht es um Konversionsliegenschaften, Kasernen, Fliegerhorste und vieles andere mehr.

Wirtschaftliche Nutzung heißt, dass wir im Verkauf durch Bieterverfahren den Höchstpreis erzielen sollen. Durch einen Beschluss des Haushaltsausschusses aus dem Jahre 2012 ist das erschwert worden, indem den Kommunen sakrosankt – ohne Konkurrenz – ein Erstzugriffsrecht eingeräumt worden ist. Nicht zu verwechseln mit einem Vorkaufsrecht, das ist etwas anderes.

Erstzugriffsrecht, besser: Erstzugriffsoption heißt, dass die Kommunen ohne Konkurrenz von mitbietenden Erwerbsinteressenten „exklusiv“ unsere Liegenschaften zum Kauf angeboten bekommen. Ich sage immer, wenn ich mit zehn Leuten zu einem Schönheitswettbewerb müsste, könnte ich nie gewinnen. Wenn ich aber alleine hingehe, werde ich erster. Also ist damit schon mal ein großes Privileg verknüpft, allerdings ist damit auch schon gleichzeitig wieder das Missverständnis verbunden, Erstzugriffsrecht bedeute automatisch Verbilligung, was ein großer Irrglaube ist! Auch in den Fällen, in denen wir etwas der Kommune anbieten, ohne Bieter, müssen wir zum Höchstpreis verkaufen, der freilich durch Gutachter zu ermitteln ist. Das ist also die erste Abschwächung der eigentlichen gesetzlichen Grundlage.

Jetzt, übrigens nicht nur im Zuge der Flüchtlingsunterbringung, sind die Begehrlichkeiten immer größer geworden. Wir stellen zum Beispiel den Bedarfsträgern, also vorrangig Ländern und Kommunen, mietzinsfrei unsere Liegenschaften zur Verfügung. Auch hier liegt eine kleine Verwechslung bei vielen vor, die denken, das wäre kostenfrei. Sie alle waren ganz entsetzt, dass sie jetzt plötzlich Strom, Wasser und Gas selber bezahlen müssen. „Mietzinsfrei“ bedeutet für die BlmA übrigens etwa acht Millionen Euro monatliche Einbuße an Mieten. Darüber hinaus stellen wir den Bedarfsträgern unsere Liegenschaften zur Verfügung. Wenn die nicht so ganz auf dem neuesten Stand sind, dann ersetzen wir sogar noch die Herrichtungskosten.

Für diese Zeit ist unser Verkaufsgeschäft nahezu auf null reduziert, weil wir erst dann verkaufen können, wenn die Länder oder die Kommunen sagen, das wollen wir nicht. Das führt so weit, dass bereits abgeschlossene Kaufverträge, die kurz vor der notariellen Beurkundung stehen, von uns gecancelt werden. Da können Sie sich vorstellen, wie begeistert die potenziellen privaten Vertragspartner sind. Das hat dazu geführt, dass wir unseren Wirtschaftsplan aus dem letzten Jahr um ungefähr 350 Millionen Euro nach unten korrigieren müssen.

Tatsächlich, jetzt mal als Pendant zu dem Behaupteten, wir hätten noch nicht einen einzigen Platz gegeben, will ich Sie mit einer Zahl konfrontieren: 160.000 Flüchtlinge haben bei der BlmA Obdach gefunden. 160.000! Alles in Liegenschaften mietzinsfrei und „obendrauf“ die Erstattung von Herrichtungskosten. Mit diesen Fakten will ich keinesfalls das Engagement und die großen Leistungen der Länder und Kommunen schmälern, die ja die Hauptlast für die Unterbringung und Versorgung der Menschen zu tragen haben. Aber bei aller Wertschätzung muss im Sinne einer ausgewogenen Information auch die Sichtweise der BlmA klargestellt werden.

Damit will ich es bewenden lassen, um auch noch dem einen oder anderen die Gelegenheit zur Reaktion zu geben.

Miriam Koch: Vieles von dem, was Herr Buch vorgetragen hat, trifft natürlich auch auf die Stadt Düsseldorf zu. Bei der letzten Kommunalwahl und insbesondere der Oberbürgermeisterwahl ist es meiner Meinung nach aus den angeführten Themen heraus zu einer Abwahl des Oberbürgermeisters gekommen. Und das, obwohl wir eine sensationelle Haushaltslage in Düsseldorf haben. Der alte Oberbürgermeister ist unter anderem wegen der Wohnungspolitik abgewählt worden. Bundesweit ging das nicht ganz belegbare Zitat durch die Presse: Wer sich Düsseldorf nicht leisten kann, der möge bitte ins Umland ziehen. Das hat ihn den OB-Wahlkampf mit gekostet. Tatsächlich hat die Stadt Düsseldorf lange eine Planungspolitik verfolgt, deren Inbegriff es war, Grundstücke zum Höchstpreis an Investoren zu verkaufen. Es wurde ausschließlich in einem bestimmten Segment gebaut. Dass es eine gesunde Durchmischung benötigt, wird uns jetzt ganz bitter



Miriam Koch

aufgezeigt. Und dabei geht es nicht nur um die gestiegene Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, die auf Flüchtlinge zurückzuführen ist. Es gibt allgemein eine hohe Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum.

Wir haben im Moment 1.200 Menschen in kommunaler Unterbringung wohnen, die da nicht mehr wohnen müssten, weil sie anerkannt sind. Die lassen wir aber nicht obdachlos werden. Wir weisen ihnen auch nicht den Weg, gleich wieder in eine andere Stadt weiterzuziehen. Wer eine langjährige Flucht hinter sich gebracht hat und sich dann das erste Mal seit Monaten wieder ein Netzwerk aufgebaut hat, der will nicht gleich weiterziehen und sich irgendwo im Umland eine billigere Wohnung suchen. Das ist aber für uns als Kommune, die eh schon Schwierigkeiten mit dem Aufbau kommunaler Unterbringungskapazitäten hat, ein Zusatzproblem.

Wie viele andere Kommunen hat Düsseldorf in den Jahren, als es faktisch nicht möglich war in Deutschland Asyl zu beantragen, die Unterbringungskapazitäten massiv zurückgebaut. In den 90er Jahren hatten wir 11.000 Flüchtlinge, die wir in 24 Containerdörfern quer über die ganze Stadt verteilt untergebracht hatten. Die Kapazitäten wurden dann massiv reduziert. Und leider haben auch wir, seit die Zahlen seit 2008 merklich gestiegen sind, zu spät reagiert. Düsseldorf hat dann im Wesentlichen auf Hotelunterbringung gesetzt, weil alle dachten, das ist ein vorübergehendes Phänomen. Man wollte eine gewisse Flexibilität wahren. Das war aber auch sehr teuer: im Durchschnitt 1.200 Euro pro Kopf pro Monat. Flexibel war es sehr wohl, aber es wurden mehr und mehr Menschen, die Wohnraum benötigten.

Jetzt sind wir wieder in einer Phase, wo wir die Unterbringungskapazitäten ausbauen. Wir bewegen uns bislang ausschließlich auf städtischen Grundstücken. Die gibt es noch. Wir haben das möglichst dezentral über die Stadt verteilt. Wir können keine 100-prozentige Gerechtigkeit bei der Verteilung für unsere zehn Stadtbezirke garantieren. In dem einen gibt es mehr Flüchtlinge, in den anderen eben weniger. Im vergangenen Jahr hatten wir eine sehr positive Stimmung und



Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Miriam Koch

alle unsere Pläne wurden von der Bevölkerung mitgetragen. Das hat sich spürbar verändert. Immer häufiger hören wir: „Warum ausgerechnet bei uns?“, „Warum so viele?“, und, „Wir wollen nicht noch mehr!“ Ich habe Bürgerforen in allen Stadtbezirken und eigentlich sind das überall die zentralen Fragen. Es geht weniger darum, wie werden die Menschen betreut, wer kommt da überhaupt hin, wie werden die am Ende integriert, sondern es geht jetzt wirklich darum: Warum noch mehr? Warum bei uns vor der Tür?

Wir haben im letzten Jahr zehn neue große Wohnanlagen eröffnet. Wir haben im Wesentlichen in Containerbauweise Gemeinschaftsunterkünfte für 200 Personen pro Standort bereitgestellt. Es besteht eine sehr individuelle Möglichkeit der Belegung. Familien haben eigene Bereiche mit eigenem Sanitär- und Kochbereich. Die Alleinreisenden müssen sich Zimmer, Gemeinschaftsduschen und Gemeinschaftsküchen teilen. Wir müssen jetzt den nächsten Schritt machen. Wir versuchen die nächsten Projekte tatsächlich wieder als Gemeinschaftsunterkünfte zu realisieren, aber in Holzrahmenbauweise. Aktuell arbeiten wir ausschließlich auf Grundstücken, wo wir mit einer Ausnahmegenehmigung für soziale Zwecke bauen können. Dort dürfen wir im Moment gar keinen langfristigen Wohnraum schaffen. Wir haben aber auch einige Grundstücke, auf denen wir in Holzrahmenbauweise Gemeinschaftsunterkünfte entwickeln, die wir dann später sehr einfach in günstige Wohnungen umwandeln können.

Durch eine dezentrale Verteilung in der Stadt versprechen wir uns, dass eben keine Ghettos entstehen. Es gibt jetzt natürlich Diskussionen darüber, ab wann ist ein Standort für sich schon ein Ghetto. Letztes Jahr hatten wir Unterkünfte mit 200 Personen pro Standort – das war völlig unproblematisch. Dieses Jahr haben wir drei Standorte, wo wir 400 bis 500 Personen unterbringen. Ich persönlich glaube, die Zahl alleine sagt nichts aus. Es geht darum, was für eine Unterkunft wir bereitstellen. Sehr gute Erfahrungen haben wir da mit unserem Düsseldorfer Modell gemacht. Eine gute Betreuung ist dabei entscheidend. Wir haben Wohlfahrtsverbände in der Betreuung eingebunden und wir haben ein großes ehrenamtliches Netzwerk. Wir dürfen die Menschen nicht alleine lassen – und das tun wir auch nicht. Ich glaube, das ist ein großer Unterschied zu der letzten großen Fluchtbewegung in den 90er Jahren. Es gibt ein großes Interesse in der Bevölkerung an den Menschen, die zu uns kommen. Das ist auch bei der großen Unterstützung, die wir erfahren, spürbar. Sowohl bei Sprachkursen, Sachspenden, Freizeitaktivitäten oder auch der Ämterbegleitung. Deswegen habe ich vor Ghattobildungen keine große Angst.

In Düsseldorf ist die Situation so, dass wir im Prinzip keine Vororte haben. Wir haben eigentlich auch kaum grüne Wiese. Alles ist tatsächlich mitten in der Stadt. Deswegen glaube ich auch, dass wir, selbst wenn wir weiter in diesen Wohnanlagen unterwegs sein müssen, keine Ghettos bekommen.

Ich habe schon jetzt ein paar gute Anregungen mitgenommen, würde mir sehr gerne die von Herrn Buch angesprochene Aufstockung hier in der Mörfelder Landstraße ansehen. In Düsseldorf wird durchschnittlich viergeschossig gebaut. Bei einer so hohen Nachfrage nach Wohnraum ist das ein Witz. Die letzte Zählung hat ergeben, dass wir uns ein bisschen verschätzt haben. Wir sind jetzt schon bei 630.000 Einwohnern. Und wir können nur über Nachverdichtung und indem wir weiter in die Höhe gehen das Problem lösen. Wir haben jetzt die Vorgabe, jedes Jahr 3.000 Wohnungen neu zu bauen. Unser Planungsamt kommt kaum mit der Entwicklung der B-Pläne hinterher. Die Flüchtlinge verstärken den ohnehin schon vorhandenen Druck. Dabei machen uns die Flüchtlinge selber am wenigsten Druck.

Wir belegen in Düsseldorf lediglich eine große Uni-Sporthalle für die vorlesungsfreie Zeit als Erstaufnahmestation. Ansonsten sind wir raus aus den Turnhallen. Zumindest das ist uns schon sehr gut gelungen. Dafür geben wir aber auch sehr viel Geld aus. Für das Gesamtpaket „Flüchtlinge“ stehen im Düsseldorfer Haushalt 120 Millionen Euro. Davon kriegen wir ungefähr die

Hälfte über Bundes- und Landesmittel ersetzt. Das ist aber nicht auskömmlich. Wir haben jetzt außerplanmäßig für das Jahr 2016 weitere 70 Millionen für die Schaffung weiterer Unterbringungskapazitäten bewilligt bekommen. Eine Stadt wie Düsseldorf kann das noch schaffen. Ich frage mich, wie das andere Städte in NRW machen, Städte, die in der Haushaltssicherung sind. Aber auch wir sind demnächst am Ende mit Grundstücken, mit Finanzen und mit Ideen, wo wir tatsächlich noch Menschen unterbringen können.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank für diesen Erfahrungsbericht aus Düsseldorf, Frau Koch. Herr Srandel, wie sieht es in Hamburg aus?

Anselm Srandel: Herr Dr. Georgi, verehrte Kollegin Koch, Sie haben viele Themen angesprochen, die auch bei uns in Hamburg gelten und von hoher Bedeutung sind. Aber ich möchte gerne noch ein oder zwei weitere Aspekte einbringen, die bei uns gerade sehr in der Diskussion sind. Hamburg ist ein Stadtstaat, eine Einheitsgemeinde, das heißt, wir sind für Erstunterbringung und Folgeunterbringung in einem zuständig. Das bedeutet, dass wir auch für beide Rechtskreise die Unterbringung gewährleisten müssen. Das führt dazu, dass wir in Hamburg im Augenblick über 30.000 Flüchtlinge in öffentlicher Unterbringung haben. Das ist also eine beträchtliche Zahl. Und wir sind darauf eingestellt, noch einmal eine sehr, sehr hohe Zahl in diesem Jahr aufzunehmen. Im Augenblick haben wir eine Atempause und wir hoffen, dass es nicht ganz so viele werden wie im letzten Jahr. Aber wir trauen dem Frieden noch nicht. Wir wissen nicht, wie sich die Situation an den europäischen Außengrenzen entwickelt, wie das bei besser werdendem Wetter und den Flüchtlingsrouten wird usw. usw. Deswegen sind wir in Hamburg immer noch sehr auf der Hut und treiben weitere Ausbauplanungen voran.

Die mehr als 30.000 Flüchtlinge in Hamburg verteilen sich ungefähr zu gleichen Teilen auf Erst- und Folgeunterbringung. Sie können daraus erkennen, dass auch ich ganz speziell mit meinem Amt vor allen Dingen mit der Erst- und Notunterbringung beschäftigt bin. Mein persönliches Thema ist bisher weniger der reguläre Wohnungsbau gewesen, das ist in Hamburg eher das The-



Josef Schmid, Anselm Srandel, Prof. Dr. Willi Alda

ma von Herrn Prof. Walter. Ich habe weniger mit Häusern, mehr mit Containern, Holzhütten und Zelten zu tun gehabt.

Doch auch für mich bekommt das Thema des Wohnungsbaus eine immer größere Bedeutung. Und das hat seinen Grund. In Hamburg gibt es ein spezielles Programm, über das ich zwei Worte sagen und auch einen kritischen Diskussionsimpuls daraus hier hineingeben möchte.

Der Senat hat beschlossen, an einer Reihe von Standorten in den Bezirken größere Flüchtlings-siedlungen mit mehreren hundert Wohneinheiten zu bauen. Die Siedlungen werden aber von vornherein im normalen Festbau im Standard des sozialen Wohnungsbaus errichtet. Diese Siedlungen sollen zunächst einmal mit Flüchtlingen in der Folgeunterbringung belegt werden, und zwar verdichtet, also dichter als nachher dann im sozialen Wohnungsbau. Nach einigen Jahren sollen sie sukzessive in ganz normalen sozialen Wohnungsbau umgewidmet werden und der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das ist ein Programm, was wir für sehr wichtig und fast unverzichtbar halten, um die großen Zahlen, von denen ich gesprochen habe, zu versorgen. Anders schaffen wir das nicht.

Aber es ist auch ein Programm, das Streit hervorruft. Sie können das in den Medien verfolgen. Es ruft Streit insofern hervor, als dass sich in den Nachbarschaften Initiativen bilden und dagegen Politik machen. Das hat jetzt sogar dazu geführt, dass sie sich zu einer Volksinitiative zusammengeschlossen haben und einen Volksentscheid anstreben. Und hier geht es genau um die Fragen, die zum Beispiel auch Sie, Herr Buch, angesprochen haben: Wie viele Flüchtlinge dürfen an einem Ort untergebracht werden? Ab wann sind es zu viele? Ab wann droht die Gefahr der Ghettoisierung? Darum geht der Streit.

Wir sind der Überzeugung, davon weit entfernt zu sein. Das bedeutet nicht, dass wir es gut finden, Siedlungen zu bauen, wo sehr viele Schutzsuchende an einem Ort zusammen sind. Um das ganz deutlich zu sagen: Wir würden die Flüchtlinge gerne gleichmäßig verteilen. Aber in einer



Nurhan Soykan, Josef Schmid, Anselm Sprendel

Situation des hohen Zugangs kann man sich das nicht immer aussuchen. Da geht es zunächst einmal elementar darum, allen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Ich bin der Auffassung, dass die Diskussion übertrieben geführt wird. Es gibt auch in der Wissenschaft und in der Publizistik Belege dafür, dass bestimmte ethnische Cluster nicht nur negativ sein müssen, sondern auch positive Effekte haben können. Doug Saunders hat das mit seinem Buch *Arrival City* zuletzt populär gemacht. Vorteile können sich daraus ergeben, dass den Schutzsuchenden das Ankommen in ihrem Gastland erleichtert wird, zuallererst, weil man die gleiche Sprache spricht. Entscheidend ist, dass das Ankunftsland aktiv etwas für Integration tut – das ist das wichtigste Mittel gegen Ghettoisierung.

Damit möchte ich doch schon einmal einen kleinen Schritt in das nachgelagerte Diskussionsthema machen, weil sich das nicht getrennt denken lässt. Wohnen und Integrieren gehören einfach zusammen. Herr Buch, Sie haben es eben schon angesprochen, es kommt zunächst einmal darauf an, dass man in den Quartieren selbst alles Notwendige für die soziale Infrastruktur tut. Das machen wir in Hamburg auch. Das fängt mit Kita und Schule an, geht über offene Kinder- und Jugendarbeit, Quartiersmanagement, Bürgerhäuser usw. Aber ein wichtiger Punkt, den auch Herr Saunders in seinem Buch hervorhebt, ist: Entscheidend ist, dass die Menschen aus den Quartieren herauskommen, indem die Integration in Sprache, in Schule, in Kita, in Arbeit und in Politik funktioniert. Dann sind diese Siedlungen keine eingeschlossenen Enklaven und werden keine Ghettos. Deswegen ist für mich in diesem Zusammenhang die Debatte, wie bringen wir die Menschen in Sprache, Schule und vor allen Dingen in Arbeit, ganz elementar und muss zusammen mit der Wohnungsdebatte geführt werden. Vielen Dank.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank, Herr Sprandel. Das werden wir hier gleich noch vertieft diskutieren. Ich habe nur eine Nachfrage. Die FAZ hat ja vor Kurzem an Ihrem Beispiel über die Arbeit eines Flüchtlingskoordinators berichtet. Da stand geschrieben: Der Flüchtlingskoordinator sitzt zwischen allen Stühlen. Er hat kein Weisungsrecht. Wie gehen Sie damit um?

Anselm Sprandel: Weisungsrechte habe ich durchaus. Vielleicht sage ich zwei Worte zu meiner Aufgabe, damit das ein bisschen deutlicher wird. Meine primäre Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass es in Hamburg ausreichend Unterkünfte gibt. Dafür habe ich einen Kreis von Mitarbeitern, einen Stab, die mir direkt unterstellt sind, mit den entsprechenden Weisungsrechten. Darüber hinaus habe ich hier eine Koordinierungsaufgabe, die alle Teile der Flüchtlingshilfe in der Stadt einbezieht. Hier besteht in der Tat kein Weisungsrecht, sondern die Weisungsrechte liegen bei den jeweils zuständigen Kollegen. Aber wir haben einen Koordinierungskreis auf Staatsratsebene, der einmal wöchentlich tagt. Dort kann ich Beschlüsse herbeiführen, die ich für erforderlich halte. Wir haben in Hamburg eine gut funktionierende Struktur, die sehr schnell und sehr klare Entscheidungen herbeiführt.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank. Wir haben im Grunde genommen zwei unterschiedliche Konzepte gehört. Das ist auch auf unterschiedliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Zwischen den Städten Hamburg und Düsseldorf gibt es ja auch große Unterschiede. Es wird sicherlich noch andere Beispiele aus der kommunalen Welt geben. Ich denke nicht, dass das zwei typische Muster sind, sondern es wird zum Beispiel in kleineren Städten anders sein als in den Metropolen Hamburg und Düsseldorf. Herr Dr. Mattner, Sie wollten dazu Stellung nehmen.

Dr. Andreas Mattner: Direkt zum Vorredner: Eine Vergleichbarkeit sehe ich vor allem in den 20 großen Städten in Deutschland.

Ich bin gebeten worden, Eindrücke von dem Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung unter der Leitung von Bundeskanzlerin Merkel zu geben. Dort kommt fast das ganze Kabinett mit ca. 40



Dr. Thomas Schäfer, Dr. Andreas Mattner

Experten zusammen. Dreimal tagte der Gipfel. Beim ersten Mal war noch kein Vertreter aus der Wohnungs- oder Immobilienwirtschaft dabei. Offenbar viel auf, dass Wohnen und die Unterbringung doch ein existenzielles Thema ist und jemand aus diesen privaten Wirtschaftskreisen dabei sein sollte. Deswegen hatte ich das Vergnügen, beim zweiten und dritten Gipfel teilzunehmen.

Mein persönlicher Eindruck ist sehr übereinstimmend mit dem Beitrag des Vorredners Rolf Buch, und das vertrete ich auch beim Flüchtlingsgipfel. Meiner Meinung nach muss dem Thema Wohnen in der aktuellen Politik ein noch größeres Gewicht gegeben werden. Gerade mit der zusätzlichen Herausforderung der Flüchtlingsunterbringung.

Ich unterteile die Flüchtlingsunterbringung in Übereinstimmung mit der Bundesministerin Hendricks stets in drei Phasen: Bei der ersten Phase behandeln wir die Erstunterbringung. Ich glaube, die meisten Kommunen haben hierzu jetzt ihren Weg gefunden. In der zweiten Phase geht es um die mittelfristige Unterbringung. Durch gesetzliche Erleichterungen können wir den spezifischen Flüchtlingsbau jetzt ein wenig privilegiert durchführen. Und die dritte Phase ist hier schon vielfach angesprochen worden: die endgültige Unterkunft.

Meine These in dem Zusammenhang ist: Wir müssen uns jetzt vor allem auf die dritte Phase konzentrieren. Die zweite funktioniert nicht richtig. Das ist vorhin schon ansatzweise deutlich geworden. Wann immer man versucht, größere Vorhaben ab ca. 300 Personen durchzusetzen, gibt es häufig Eil- und Klageverfahren vor den Gerichten. Ich habe dafür zwar keine belegte Zahl, vielleicht kann das jemand ergänzen, aber gefühlt gehen 80 Prozent der Verfahren vor den Hamburger Verwaltungsgerichten zu Lasten des Vorhabens aus. Und dabei finden die Verwaltungsrichter dann tatsächlich rechtliche Gründe, warum man solche Unterkünfte dann nicht darstellen kann. In anderen größeren Städten, in denen man versucht, breiter, also mit geringerer Ballung zu verteilen, funktioniert das besser und es wird weniger geklagt. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns jetzt bereits noch stärker auf die dritte Phase konzentrieren und nachhaltig mehr Wohnraum schaffen.

Und es ist eben nicht nur das allgemeine Wohnungsproblem, das zu lösen ist. Die Zahlen sind gerade schon mal angesprochen worden und die sind schon ziemlich deutlich: Wir brauchen im Moment pro Jahr ungefähr 270.000 Wohnungen per se.

Das hat mit der Zuwanderung jetzt noch gar nichts zu tun. Es gibt unterschiedliche Szenarien für die Zukunft. Das harmloseste kommt von der Empirica und sagt voraus, dass wir pro Jahr mindestens 75.000 zusätzliche Wohnungen benötigen. Ein anderes Szenario der Branche, unterlegt mit örtlichen Erfahrungen, sieht voraus, dass es eher 180.000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr werden. So oder so, das ist eine riesige Menge, die wir dort schaffen müssen. Wenn man selbst von dem harmlosen Szenario ausgeht, bedeutet das für die großen Städte, die ja auch hier am Tisch sitzen, ungeheure Zusatzmengen zum erforderlichen Bedarf.

Empirica rechnet für München im geringen Szenario mit einem Mehraufwand an Wohnungen von 130 Prozent. In Frankfurt sind es 100 Prozent. Ähnlich in Hamburg und in den anderen großen Städten. Das ist gigantisch. Da kann nur eine Veränderung des Verteilungsschlüssels helfen. Die politischen Mehrheiten dafür zu finden wird aber alles andere als leicht werden. Das alleine würde nicht mal ausreichen, aber es würde den Großstädten Zeit verschaffen. Wir müssen jetzt wirklich ganz dringend intensiv zusätzliche Elemente in den Wohnungsbau einbringen und auf weitere Regulierung verzichten.

Prof. Walter diskutiert in Hamburg sehr vorbildlich die Verdichtung. Wir, die Bundesregierung im Einklang mit Verbänden, sind dabei, die Baunutzungsverordnung in Deutschland zu verändern. Ich hoffe auf baldige Realisierung, damit wir verdichteter bauen können.

Weitere Regulierungen sind kontraproduktiv. Die letzte EnEV hat den Wohnungsbau, der sowieso schon sehr teuer geworden ist, noch mal um sieben Prozent verteuert. Und wir wissen seit gestern, es gibt einen Entwurf für die nächste EnEV. Sie wird dann den KfW-Standard nochmal in einer Weise erhöhen, dass dann mindestens noch mal sieben bis zehn Prozent dazukommen. Dann kann man nicht mehr bauen.

Die Bundesregierung versucht mit einer Sonderabschreibung, speziell vor dem Hintergrund der Flüchtlingsthemen, dem abzuhelpen. Dieses Gesetz ist ja schon lange in der Diskussion. Wie sich das gehört, pendelt es zwischen Bundesrat und Bundestag hin und her. Der Bundesrat hat immer wieder neue Vorschläge. Man kann schon wieder den Eindruck gewinnen, dass das Gesetz gar nicht kommt. Ich bin niemand, der sich speziell Subventionen wünscht. Ich glaube aber aufgrund der Ausgangssituation der hohen Herstellungskosten, dass die Sonderabschreibung temporär helfen kann. Folgerichtig bin ich dann für diese Subventionen, aber dann bitte auch schnell und unter den richtigen Bedingungen. Wenn dieses Sonderprogramm nicht jetzt greift, was nützt uns das denn in zwei, drei Jahren? Also muss es jetzt und ganz schnell eingeführt werden. Ich fände es auch gut, wenn man bei der Handhabung des Gesetzes auf die Bauanzeige abstellt, weil es das Commitment der Beteiligten ist, jetzt auch loszulegen.

Es gibt viele Themen, die letztlich immer wieder zum gleichen Ergebnis führen. Wir müssen in Deutschland für die Lösung unserer Probleme den Wohnungsbau ankurbeln.

Dr. Hanspeter Georgi: Danke, Herr Dr. Mattner. Die Sonderabschreibung halten wir mal als Position fest. Herr Buch hatte das ja vorhin auch mal angedeutet, wir brauchen zusätzliche Mittel, zusätzliche Maßnahmen, um diese große Nachfrage nach Wohnraum befriedigen zu können. Er hat auch angesprochen, dass es ein politisches Koordinationsproblem gibt, weil das eine Ministerium in eine bestimmte Richtung geht und das andere Haus, Verbraucherschutz habe ich im

Hinterkopf, kontraproduktiv ist. Das können wir alles noch einmal nachlesen. Es wird ja alles festgehalten, was wir hier erörtern. Aber ich schaue noch mal in die Runde. Es sind ja sehr viele Repräsentanten von Städten hier unter uns. Sie haben die Berichte gehört von Hamburg und Düsseldorf. Sie haben das Impulsreferat von Herrn Buch vernommen. Meine Frage ist: Klappt das zwischen den Wohnungsbauunternehmen und den Kommunen oder gibt es da irgendwelche Spannungen? Bitte schön, Herr Dr. Wieland.

Dr. Joachim Wieland: Ich möchte zunächst noch mal ein Thema von Herrn Buch aufgreifen. Er sagte, wir haben kein Flüchtlingsproblem sondern ein Wohnraumproblem. Das ist richtig. Herr Dr. Mattner hat ihn gerade darin ebenfalls bestätigt. Doch wo sind die Grundstücke, die bebaut werden können, um den fehlenden Wohnraum zu schaffen? Das ist das eigentliche Kernproblem, über das wir reden sollen.

Wir haben als Aurelis die letzten sechs Jahre zehn Millionen Quadratmeter Grundstücke in Deutschland entwickelt. Für diese Flächen haben wir Baurechte geschaffen und sind dabei auf viele Barrieren für die Schaffung von Wohnraum gestoßen. Und das in so ziemlich jeder Projektphase. Barrieren finden wir im Baugesetzbuch und in der Baunutzungsverordnung, die am Ende eine klare Trennung von Nutzungen vorsieht.

Die aktuelle Praxis in den Kommunen und der gesetzliche Rahmen führen zu komplexen Verfahren. Und diese komplexen Prozesse führen wiederum dazu, dass Baulandentwicklungen in der Regel einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahre in Anspruch nehmen. Wenn wir heute sagen, man muss kurzfristig etwas tun, dann muss man sich vor Augen halten, wann erste Ergebnisse vorliegen können. Das sind sehr langwierige Verfahren, die wir da vor uns haben. Das kann natürlich bei entsprechender Vorbereitung auch einmal schneller gehen. Wenn ein Baugebiet im Flächennutzungsplan schon als Wohnbaulandreserve ausgewiesen ist, dann kann man ein Gebiet auch in drei Jahren entwickeln.



Dr. Joachim Wieland

Aber man muss genau an diese Verfahren rangehen: Wie kann man diese vereinfachen, um schneller zum Ergebnis zu kommen? Die ersten Initiativen hierzu sind schon auf dem Weg, müssen aber noch umgesetzt werden. Zum Beispiel die Anpassung der Baunutzungsverordnung, Herr Dr. Mattner hat das sogenannte „urbane Gebiet“ erwähnt. Das soll größere Freiheit und größere Ermessungsspielräume, was Lärm, Verkehr, Emissionen angeht, um Wohnbau überhaupt schaffen zu können, ermöglichen. Wir stolpern aktuell jedes Mal über diese Barrieren. Wir könnten deutlich mehr Wohnraum schaffen, wenn es in diesem Punkt mehr Freiheit gäbe.

Ein anderer aktueller Ansatz ist Paragraph 246 des Baugesetzbuchs. Dort wird die Genehmigung von Flüchtlingsunterkünften in Außen- und Innenbereichen durch Befreiungen erleichtert. Und genau so etwas wäre auch grundsätzlich für den üblichen Wohnraum möglich. Wenn keine öffentlichen Interessen oder keine nachbarrechtlichen Interessen entgegenstehen, dann soll Wohnraum Vorfahrt haben und man kann das jeweilige Vorhaben genehmigen.

Ein letzter Punkt: Ich bin nicht ganz der Meinung, dass man aktuell komplett falschen Wohnraum baut. Bei den großen Gebieten, die entwickelt wurden, haben wir so ziemlich überall 30 Prozent Sozialbindung akzeptiert. Und das wären genau die 30 Prozent, die man als Standard in solchen Gebieten empfiehlt. Und ob dieser Wohnraum dann für Flüchtlinge oder für andere Sozialwohnungsberechtigte genutzt wird, das ist dann ein anderes Thema. Aber die Erleichterung der Baurechtschaffung ist das Thema. Und vor allem: Diese Erleichterung kostet nichts, sie müsste lediglich beschlossen werden. Die Prozesse zu erleichtern, kostet kein Geld, wie z.B. die geplante Sonderabschreibung. Und ich meine, Geld ist ja in Masse auf den Kapitalmärkten vorhanden. Es werden gerade im Wohnungsbau Anlagemöglichkeiten in Deutschland gesucht. Diese Gelder gilt es für die Investition in Wohnraum zu aktivieren.

Dr. Hanspeter Georgi: Eine Nachfrage dazu: Gibt es von der Wohnungsbauwirtschaft ein Muster, wie man sich eine Baunutzungsverordnung vorstellen kann, damit das verfahrensmäßig schneller geht? Herr Prof. Walter möchte darauf antworten.

Prof. Jörn Walter: Ja, ich kann das kurz erklären. Es gibt natürlich eine Menge von Vorschlägen. Sie jetzt alle zu referieren führt zu weit. Aber die wesentlichen Stichpunkte sind gefallen. Die Dichtethematik des Paragraphen 17 in der Baunutzungsverordnung muss entweder ganz entfallen oder deutlich modifiziert werden. Des Weiteren brauchen wir in den Mischgebieten deutlich höhere Anteile von Wohnungen, was heute nicht zulässig ist. (50:50-Regelung). Das blockiert wahnsinnig viele Flächen in den Städten. Wir müssen in diesen Gebieten eigene Prozentsätze Wohnen: Arbeiten festlegen können.

Ein weiterer Schlüssel ist die Querbeziehung zum Immissionsschutzrecht. Da geht es darum, dass wir ein völlig unterschiedliches Lärmrecht für den Gewerbelärm gegenüber dem Verkehrslärm haben. Beim Verkehrslärm dürfen wir passive Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigen, beim Gewerbelärm nicht. Der Messpunkt liegt einmal hinter der Scheibe und einmal vor der Scheibe.

Man könnte es gut vertreten, die Vorschriften anzugleichen, da der Gewerbelärm heute in der Regel gar kein Produktionslärm mehr ist, sondern Gewerbeverkehrslärm. Es ist überhaupt nicht mehr einzusehen, warum diese Vorschrift, die durch Arbeitsschutzmaßnahmen und vieles andere längst überholt ist, eigentlich nicht angeglichen werden kann. Das ist der Kern.

Diese Themen alleine würden viele Flächen in den Kommunen mobilisieren. Es würde auch ein bisschen den massiven Druck mindern, wieder in die Außenbereiche hineinzugehen. Das ist in Hamburg so, aber auch in Berlin, in Frankfurt usw. München war bisher der einzige Fall in Deutschland, wo wir diesen Druck hatten. Jetzt stehen wir alle vor diesem Thema. Wir wissen



Prof. Jörn Walter, Kirsten Bruhn

natürlich auch, dass die Frage des Wiederhineingehens in die Außenbereiche heute in den Städten nicht mehr so einfach ist.

Zur Flüchtlingsthematik kann ich noch ein Wort beitragen. Unser Hamburger Programm sieht vor, klassischen sozialen Wohnungsbau mit Gebäudetypen zu machen, die wir schon gebaut haben. Wir kennen die Kosten, die Unternehmen kennen die Kosten und es gibt kaum Unbekannte. Das Programm hat den Hintergrund, dass es strategisch wenig Sinn macht dauerhaft, auf provisorische Unterkünfte zu setzen. Dafür bezahlen wir am Ende noch mehr als für den festen Wohnungsbau. Die Situation im letzten Herbst war ja so, dass die Preise so nach oben gegangen sind, dass wir Millionen und Abermillionen in Dinge investiert haben, von denen wir wissen, dass sie nur drei bis fünf Jahre halten. Deswegen haben wir diese Umstellung betrieben.

Wir wollen und wir brauchen feste Wohnungen. Wenn wir sie jetzt zehn bis 15 Jahre oder vielleicht auch kürzer für Flüchtlinge brauchen, ist das nicht tragisch. Wir können feste Wohnungen aber später zur Lösung der Wohnungsfrage einsetzen, die wir ja generell noch in den Städten haben und die zu Recht von Ihnen angesprochen worden ist.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank, Herr Prof. Walter. Herr Roters.

Jürgen Roters: Ich werde eine kurze Ergänzung machen. Da ich seit einem halben Jahr nicht mehr im Amt bin, kann ich nur mehr aus der Vergangenheit berichten. In der Tat ist es so, dass es bei allen Besprechungsrunden mit der Wohnungswirtschaft um die Frage ging, wie es uns gelingt, entsprechende Bauflächen zur Verfügung zu stellen. Es ist ungemein schwierig, hier entsprechendes Bauland zur Verfügung zu stellen, das konfliktfrei relativ schnell bebaut werden kann. Es ist notwendig, den Blick über die Stadtgrenzen hinaus in die Umlandgemeinden zu richten. Da besteht nach wie vor die Tendenz sich abzuschotten. Die Probleme der Großmetropole, der Stadt, nicht lösen zu wollen, weil man dann natürlich auch Folgeprobleme lösen muss. Wir haben Ratsbeschlüsse in den Umlandgemeinden, die verpflichtend vorsehen, dass keine weiteren Bau-



Prof. Dr. Harald Kächele, Jürgen Roters

gebiete ausgewiesen werden. Das führt natürlich zu großen Verdichtungsproblemen innerhalb der Städte, selbst wenn es darum geht, neue Schulen bauen zu müssen. Die vorhandenen grünen Freiflächen zu schützen ist ungemein wichtig. Gerade für diejenigen, die aus dem Umland wieder in die Städte hineinwollen. Die wollen natürlich nicht in eine Betonwüste, sondern auch gleichzeitig ihr grünes Umfeld gesichert wissen. Unabhängig davon sind für die neuen Anforderungen innovativen Gewerbes die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Diese Konkurrenz zu lösen, ist ungemein schwierig. Das geht meines Erachtens nur durch ein gutes Miteinander in der Region, im „Speckgürtel“. Da muss man die Verantwortung, möglicherweise auch gesetzliche Bestimmungen ändern, um sicherzustellen, dass man regional denkt und nicht nur vor seiner eigenen Haustür.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank. Herr Buch, ein abschließendes Wort zu diesem Schwerpunktthema Wohnraum, und dann leite ich über zum Thema Integration.

Rolf Buch: Wir brauchen in Deutschland jetzt zwei verschiedene Themen. Wir brauchen eine klare Festlegung, wo wir langfristig stehen wollen. Das ist die Thematik „dritte Phase“, wie Andreas Mattner sie genannt hat. Wir müssen langfristig ein Konzept haben, wie es gehen soll: Wollen wir wieder Siedlungen draußen oder in der Stadt bauen? Es muss einfach festgesetzt werden und dann müssen wir, vielleicht ein bisschen lohnpolitisch formuliert, auch die Prioritäten richtig setzen. Wenn wir jetzt bezahlbares Bauen haben wollen, dann müssen wir auch Gesetze machen, die bezahlbares Bauen möglich machen und das nicht konterkarieren. Das ist das eine Thema. Unabhängig davon, Herr Sprandel, werden Sie die Probleme zwischendurch irgendwie lösen müssen. Und das wird nicht unbedingt mit diesem langfristigen Konzept einhergehen. Die Menschen müssen ja irgendwo leben – und zwar jetzt. Wir müssen verständlich machen, wo wir langfristig hinwollen und dann müssen wir uns bis dahin irgendwie „durchwurschteln“. Anders wird es nicht gehen. Aber diese langfristige Konzeption muss da sein. Die ich teilweise vermisste. Dafür bedarf es auch Koordination in der Politik, weil nicht alle Ziele gleichzeitig realisierbar sind.



Kirsten Bruhn, Gerhard Fuchs

Dr. Hanspeter Georgi: Da es ja sehr viele Akteure gibt, alleine beim Staat, im Bund, Länderebene, Gemeinden und eben Wohnungsbauwirtschaft, müsste an sich das Bundesministerium für Städtebau diese Koordinationsfunktion übernehmen. Gerhard Fuchs, bitte noch ein kurzes Statement, bevor ich zum nächsten Schwerpunktthema überleite.

Gerhard Fuchs: Mit drei kurzen Punkten, die sich aber auf die letzten Äußerungen beziehen. Herr Roters sagte, der Blick muss über die Stadtgrenzen hinausgehen. Das ist in Flächenländern sehr gut möglich, aber das wird man in Stadtstaaten kaum schaffen. Ich nehme das Beispiel des Hamburger Bezirks Wandsbek. Der Bezirk hat 12,5 Prozent seiner Fläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Weitere 20 Prozent sind Landschaftsschutzgebiet. „Wo sollen die Flächen herkommen?“, haben Sie zurecht gefragt. Ich möchte kritisch anführen: Man muss in den Punkten, die Prof. Walter aufgeführt hat, auch die Frage der Ökologie mit einbringen. Können wir uns es noch leisten, auf bestimmten Flächenausweisungen zu bestehen oder muss man die Wertigkeit von Flächen möglicherweise neu definieren?

In der bisherigen Diskussion ist ganz selten das Wort „Flüchtlinge“ gefallen – ich finde das gut. Für mich ist der Zustrom von Flüchtlingen der Katalysator einer Entwicklung, die auf die Metropolen und Großstädte sowieso zukommt und das in einem überschaubaren Zeithorizont. Das Konzept, das in Hamburg durchgeführt wird, richtet sich genau auf diese Einstellung: Im Moment brauchen wir Unterbringungsmöglichkeiten und in der Konsequenz den Wohnraum für Flüchtlinge, in Wirklichkeit steckt dahinter die langfristige Planung einer gesellschaftspolitischen und bedarfsgerechten Stadt- und Wohnraumentwicklung.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank. Wir nehmen das für die weitere Diskussion mit. Herr Buch hat ja richtigerweise gesagt, der erste Schritt für die Integration ist eben ein ordentlicher Wohnraum. Welche Schritte folgen anschließend? Herr Scheele.

Detlef Scheele: Ehrlicherweise ist die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schon eher die Königsdisziplin, die bestimmt nicht am Anfang steht. Sie steht nach einer gewissen



Detlef Scheele

Zeit an und fällt auch nicht vom Himmel. Bis dahin ist eine ganze Reihe von Schritten zu tun, um tatsächlich zu nachhaltigen Erfolgen zu kommen. Sie haben ja eingangs darum gebeten, nicht von „Flüchtlingskrise“ zu sprechen. Daran möchte ich mich auch halten. Dennoch dürfen wir auch nicht verharmlosen: Vor uns liegen Aufgaben von erheblichem Ausmaß. Das muss man ernstnehmen und es ist auch nicht nur eine Chance. Ich glaube, wer das nicht realisiert, weiß nicht genau, was zurzeit los ist. Es ist für die Akteure in ihren unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern schon mit großer Anstrengung verbunden. Da müssen Lösungen herbeigeführt werden, ohne dass es zu sozialen Verwerfungen in den verschiedenen Sozialräumen dieses Landes kommt.

Je niedriger die Flughöhe meines kurzen Vortrages wird, desto schwieriger wird es. Wenn ich sie ordentlich hoch ansetze, ist alles ganz einfach – damit fange ich mal an: Es sind im letzten Jahr rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. 50 Prozent davon hatten einen Schutzstatus erworben, über den Daumen macht das 500.000. 70 Prozent von den 500.000 sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren, das macht 350.000. Wir haben 32 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Mit Beamten und Selbstständigen haben wir 43 Millionen Beschäftigte. Also die 350.000, quantitativ, hält der Arbeitsmarkt locker über mehrere Jahre aus. Das hat keinen großen Einfluss. Es gibt keine Konkurrenz zwischen einheimischen Arbeitslosen und Flüchtlingen. Es braucht niemand auf die Straße gehen und gegen Flüchtlinge demonstrieren, weil er Angst um seinen Arbeitsplatz hat. Da gibt es einfach keinen Wettbewerb. Anders ist das beim Wohnraum.

Nun ist aber auch die gute Laune vorbei, denn jetzt kommt die Frage: Was machen wir mit den 350.000? Wahrscheinlich haben wir am Ende 400.000 im Sozialgesetzbuch II, also in den Jobcentern. Was machen wir mit den Menschen? Hier kann ich nur sagen: Der wichtigste Aspekt ist Sprache. Ich habe viel mit Ausbildungsleitern in Industrieunternehmen geredet. Eine duale Ausbildung in Deutschland unter Sprachenniveau B1, B2 geht eigentlich nicht. Es ist eine Fantasie zu glauben, das ginge. Ich habe diverse Versuche gesehen, die gescheitert sind – alleine wegen Sicherheitsunterweisungen. Die Theorie in einer Berufsschule ist unter B2 aus meiner

Sicht tatsächlich nicht zu leisten. Wir wissen wenig, was für Qualifikationen die Flüchtlinge mitbringen.

Das IAB, also unser eigenes Forschungsinstitut, ist zurzeit im Feld und wird Ende des Jahres eine umfangreiche Vollerhebung vorlegen, auch was erkennbare Berufsabschlüsse angeht. Wir haben relativ rudimentäre Erkenntnisse aus dem BAMF über die allgemeinbildenden Voraussetzungen. Da sind ungefähr 30 Prozent, die bis zu drei Jahren zur Schule gegangen sind. In Deutschland würde man im Bildungssystem „funktionale Analphabeten“ sagen. 20 bis 25 Prozent der Flüchtlinge geben in Selbstbekundung an, einen mittleren Bildungsabschluss zu haben. Über 40 Prozent hätten ein Hochschulstudium begonnen. Das kann sein oder kann nicht sein. Auf der Haben-Seite ist auf jeden Fall das Alter der Flüchtlinge. 70 Prozent sind unter 35 Jahren. Das sind noch ca. 30 Jahre bis zum Rentenalter. Es mag ein bisschen grotesk sein, über das Ausscheiden aus einem noch nicht eingetretenen Erwerbsleben zu sprechen. Aber da lohnt sich eine Investition. Und zumindest jene, die mit einem mittleren Bildungsabschluss zu uns gekommen sind, wollen wir versuchen, gezielt zu einem Ausbildungsabschluss zu bekommen, damit sie am Arbeitsmarkt nicht mit einheimischen Helferinnen und Helfern konkurrieren.

Wer aus Syrien nach Hamburg kommt, Herr Sprandel, will nicht in einer ihrer Unterkünfte sein Leben beenden, sondern möchte was für sich und seine Kinder erreichen. Einige unserer Langzeitarbeitslosen aber wollen beruflich nichts mehr erreichen. Sollte ein solcher Langzeitarbeitsloser und ein Flüchtling zu einem Arbeitgeber geschickt werden und der Flüchtling Deutsch spricht, kann es schon sein, dass sie/er wegen ihrer/seiner Motivation die besseren Karten hat. Und darum sagen wir: Ja, die Flüchtlinge sollen schnell arbeiten, auch als Helferin/Helfer, aber wir müssen sie schnell berufsbegleitend so qualifizieren, dass sie nicht in diesem Helferstatus stecken bleiben und wir diese ungesunde Konkurrenz in dem Helferbereich verhindern.

Ob wir das schaffen, weiß ich nicht. Das Ziel ist ausgesprochen ambitioniert. Flüchtlinge sagen in unseren Jobcentern sehr häufig, es gäbe in Syrien, in Eritrea und anderen Hauptherkunftsländern mit guter Schutzquote keine Berufsausbildung. Wenn unsere Beratungs- und Vermittlungsfachkräfte auf den Flüchtling treffen und sagen, bis zu einem Ausbildungsabschluss in fünf, sechs Jahren beträgt der Lohn einem Ausbildungsentgelt, welches in der Höhe in der Regel nicht einem regulären Lohn entspricht, dann versteht er das nicht. Da fehlt der kulturelle Hintergrund, diese duale Ausbildung als Investition in die eigene Zukunft zu sehen. Und inklusive Sprachkurs dauert eine abgeschlossene Ausbildung leider fünf bis sechs Jahre. Der Flüchtling steht häufig vor dem Problem, dass er Teile seines Einkommens in die Heimat schicken muss, um seine dortige Familie zu unterstützen. Unsere Beratungs- und Vermittlungsfachkräfte bei der Agentur für Arbeit sitzen vor einer äußerst schwierigen Aufgabe, die nicht ganz trivial zu lösen ist. Wie häufig es uns gelingen wird, Flüchtlinge davon zu überzeugen, diesen Weg zu gehen, wird sich noch zeigen. Wir sind jedenfalls darauf eingestellt, es so gut wie irgend möglich zu tun.

Wenn wir die Fluchtbewegung der 1990er Jahre als Grundlage nehmen, wissen wir, dass im ersten Jahr nach Einreise ungefähr 10 Prozent der Flüchtlinge eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen werden. Nach weiteren fünf Jahren werden es ca. 50 Prozent sein. Es kann sein, dass nach 15 Jahren auch eine Beschäftigungsquote wie bei einheimischen Menschen, also über 70 Prozent, erzielt wird. Das heißt aber auch, dass diejenigen, die nicht darunter sind, aller Voraussicht nach im Transfersystem landen werden. Daran kann man nicht vorbei. Ich denke, wenn wir diese Zahlen erreichen, kann man auf Basis unseres derzeitigen Wissensstandes froh sein, wenn uns das gelingt.

Zurzeit gibt es viele Querelen um die Integrationskurse und die darin enthaltenen Sprachkurse. Mein Vorstandskollege Frank-Jürgen Weise müht sich bewundernswert. Ein funktionierendes



Wolfgang Kopitzsch, Edwin Schwarz

System bezüglich der Integrationskurse ist zurzeit eine der Hauptaufgaben. Die Integrationskurse haben eine hohe Bedeutung, da daran der Spracherwerb und somit auch der Beginn der Eingliederungskette hängt. Wir haben im Rahmen einer Kombinationsmaßnahme aus arbeitsmarktpolitischer Maßnahme und Integrationskurs einen Teil der Kurse „in unsere Systeme übernommen“ und versuchen so, die Durchführung der Integrationskurse zu beschleunigen. Nichtsdestotrotz ist der Spracherwerb zurzeit das Haupthindernis. Wir haben von der Bundesregierung ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und in diesem Jahr in dem Bereich der Jobcenter zusätzliche 2.800 Stellen für die Flüchtlingsbewältigung erhalten. Wir haben diese Stellen fast alle besetzt und qualifizieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurzeit. Ich glaube, wenn die Anerkennungen der Flüchtlinge laufen, sind wir ganz gut ausgestattet und vorbereitet.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 250 Millionen für Eingliederungsmaßnahmen wurden bereitgestellt, sodass auch hier kein Konkurrenzverhältnis zwischen Flüchtlingen und Einheimischen auftreten sollte. Eine unserer großen Sorgen ist, dass folgende Stimmung entsteht: für die alles und für die nichts. Ich garantiere Ihnen, das ist nicht der Fall. Wir haben eine neue Problemgruppe am Arbeitsmarkt, das sind die Flüchtlinge. Und wir haben eine alte Problemgruppe am Arbeitsmarkt, das sind Langzeitarbeitslose mit geringer Qualifikation. Als Bundesagentur für Arbeit wenden wir uns beiden Problemgruppen mit der absolut gleichen Energie zu. Für keinen gibt es ein Sonderprogramm. Das, was wir zurzeit an Mehraufmerksamkeit im Bereich Flüchtlinge investieren, ist der Aspekt Sprache. Das ist aber kein Privileg für Flüchtlinge, das ist nämlich ihre Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Die muss man haben, sonst kann man nicht mitspielen. Insofern ist der erhöhte Aufwand bei dem Spracherwerb kein Privileg, sondern ein Muss, sonst funktioniert es nicht.

Viele treten mit dem Vorschlag „macht Sonderprogramme“ an uns heran. Die Forderung kommt auch aus Ländern und Kommunen, „macht Sonderprogramme für Flüchtlinge“. Wir sagen aber

bisher immer: Nein, das Regelinstrumentarium muss ausreichen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir machen in diesem Bereich etwas, was wir woanders nicht machen. Wir setzen darauf, dass so schnell wie möglich gearbeitet wird. Nach dem Integrationskurs müssen die Menschen schnellstmöglich dem Arbeitsmarkt zugeführt werden. Also nicht im Flüchtlingslager oder der Unterkunft sitzen bleiben, sondern arbeiten gehen. Arbeiten ist in Deutschland mehr als Gelderwerb. Es verschafft Anerkennung. Die einheimische Bevölkerung sieht, dass man sich bemüht und unterwegs ist. Es entsteht nicht der Eindruck, es säßen alle rum. In einem Betrieb funktioniert die soziale Kontaktaufnahme zehnmal besser als mit zehn Sozialpädagogen, die einen betreuen. Es ist das ausdrücklich erfolgreichere Konzept. Und dann wäre das Mittel der Wahl, sich berufsbegeleitend zu qualifizieren. Die Bundesagentur für Arbeit hat dafür Programme und es stehen entsprechende Mittel bereit, man kann zum Beispiel 30 Stunden arbeiten und sich 10 Stunden weiterbilden. Der Bildungsteil und auch der Entgeltausfall werden durch uns finanziert.

Diese Bausteine müssen natürlich alle im Einzelfall geprüft und zusammengesetzt werden, was einen großen zeitlichen Aufwand für den jeweiligen Betreuer bedeutet. Und gerade bei der großen Menge der in kurzer Zeit Eingereisten, ist das eine Herausforderung. Wir wollen nicht, dass die Flüchtlinge Helfer bleiben, sondern, dass sie die Arbeit aufnehmen und sich weiterqualifizieren. Hierauf sind wir gut vorbereitet.

Wir werden auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz, Herr Albig, darüber berichten. Und auch die Bundesregierung werden wir informieren, dass wir alles gut vorbereitet haben, um diese Herausforderung zu meistern. Trotzdem ist das Problem durch die Menge, durch die Vielfältigkeit, durch fast keine verwertbaren Qualifikationen und durch die kulturelle Differenz unserer Berater gegenüber dem Ratsuchenden schon ziemlich anspruchsvoll.

Ein letzter Punkt zu dem vorherigen Thema: Wir diskutieren mit den kommunalen Partnern zurzeit heftig die Wohnsitzauflage und die Residenzpflicht. Als Hamburger Senator habe ich für die Residenzpflicht etliche Briefe geschrieben, da viele Flüchtlinge in die Ballungsräume abgewandert sind und somit eine sehr ungleichmäßige Belastung der Kommunen erfolgt ist. Wenn ich mit der Präsidentin des Deutschen Städtetags, Frau Dr. Lohse, über diese Problematik diskutiere, habe ich auch volles Verständnis für die Lage in Ludwigshafen usw. Für uns ist aber der Verbleib von Flüchtlingen in der Uckermark ein Problem, denn hier gibt es fast keine Arbeit. Und auch der Integrationskurs ist logistisch schwer an den Mann und an die Frau zu bringen – alleine wegen der häufig eingeschränkten ÖPNV-Anbindung. Da gibt es einfach einen Zielkonflikt. Als Vorstand der Bundesagentur würde ich heute sagen: Die Wohnsitzauflage hat Vorrang, weil es in den Städten gegenwärtig nicht zu bewältigen ist, die Arbeitsmarktintegration muss momentan zurückstecken. Wir haben uns als Vorstand für folgende Lösung ausgesprochen: Wohnsitzauflage besteht solange, bis der Spracherwerb so funktioniert, dass man überhaupt eine Chance am Arbeitsmarkt hat. Die Frage ist, ob Flüchtlinge eine Wohnsitzauflage erhalten. Das werden wir dann sehen. Es wäre aus unserer Sicht ein Kompromiss.

Im Übrigen spreche ich keinesfalls von Residenzpflicht. In Hamburg hatten wir ein Flüchtlingsdorf in dem Stadtteil Bergstedt, das am Stadtrand liegt. Der einzige erreichbare Supermarkt war über die Landesgrenze hinweg in Schleswig-Holstein. Die Flüchtlinge aus Hamburg brauchten also immer eine ausländerrechtliche Genehmigung, damit sie in den Supermarkt gehen konnten. Wenn man Bürokratie aufbauen will, dann muss man die Residenzpflicht einführen. Meiner Meinung nach sollte man das dringlichst lassen. Ich plädiere für eine Wohnsitzauflage. Dann müssen wir allerdings auch den Mut haben, beim Verlassen des Wohnsitzes keine Sozialleistungen zu gewähren. Das ist die Voraussetzung und würde aus meiner Sicht eine halbwegs gerechte Abwägung zugunsten der Städte ergeben, weil ich ehrlicherweise auch nicht weiß, wie man es sonst schaffen soll.



Torsten Albig, Nurhan Soykan

Zum Abschluss meines Statements noch ein letzter Hinweis. Die Menge der Flüchtlinge ist für den Arbeitsmarkt relativ unproblematisch. Aber man sollte sich auch nicht einbilden, dass die aus humanitären Gründen geflüchteten Menschen unser demografisches Problem lösen. Vielleicht deren Kinder.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank, auch für diesen Hinweis zum Schluss. Und wir halten fest: Wohnsitzauflage plus Qualifizierung sind Voraussetzungen für die nächste Phase, also die Phase der Arbeitsplatzsuche.

Frau Soykan, Sie sind als dreijähriges Kind nach Deutschland gekommen. Welche Empfehlungen geben Sie der deutschen Politik, den Kommunen, den Ländern aufgrund Ihrer Erfahrung?

Nurhan Soykan: Erst einmal danke ich, dass ich ein zweites Mal bei Ihnen am „Runden Tisch“ sein darf. Beim Zentralrat der Muslime sind wir sehr aktiv bei der Flüchtlingsarbeit und haben viele Erfahrungen gesammelt. Viele Flüchtlinge kommen mit ihren Sorgen und Problemen zu uns und wir versuchen zu helfen.

Daher haben wir zum Beispiel ein Patenschaftsprogramm aufgelegt. Ein Schwerpunkt des Programms ist es, hier ansässige Menschen zu finden, die bereit sind, eine Patenschaft für einen Flüchtling zu übernehmen. Die Religion ist dabei nicht von Belang. Diese bringen wir mit Flüchtlingen zusammen, die sich einen Paten wünschen.

Weiterhin unterstützen wir Flüchtlinge im Rahmen des Programms bei Behördengängen, Arztbesuchen und stehen in allen Fragen des alltäglichen Lebens zur Verfügung. Das alles sind wichtige Hilfestellungen.

Diese Erfahrung habe ich auch in meiner eigenen Migrationsgeschichte gemacht. Ich bin damals in einem kleinen Dorf angekommen. Dort hatte jedes Flüchtlingskind eine, ich nenne sie immer

„deutsche Tante“, die sich gekümmert hat. Das hat sehr dabei geholfen, sich in dieser neuen Heimat zurechtzufinden und war auch für den Spracherwerb von elementarer Bedeutung. Auch unseren Familien, unseren Eltern hat das gutgetan.

Ich bin der Meinung, dass die Integration in ländlichen Bereichen besser funktioniert als in einer Großstadt. Als ich später nach Köln gekommen bin, Herr Roters, wohnten wir in einem ghetto-ähnlichen Bereich. Dort bin ich in der Nähe einer Jugendvollzugsanstalt groß geworden. Dabei war die Erfahrung nicht nur negativ. Wie Herr Sprandel schon gesagt hat, Ghetto muss nicht immer negativ sein. Aber es hat auch große Nachteile. Es besteht die große Gefahr, dass junge Menschen keine Perspektive sehen, sich vernachlässigt fühlen und der Überzeugung sind, dass es keinen Weg aus dem Ghetto heraus in eine höhere soziale Schicht gibt. Diese Sorge ist auch nicht unbegründet. In einem Ghetto kommt man nicht mit hochgebildeten Menschen in Berührung – man lernt dort außer dem Kinderarzt und dem Zahnarzt keine Akademiker kennen. Diese Kontakte sind aber wichtig, weil man von diesen Menschen lernen kann. Da kann man dann auch nicht mehr von Chancengleichheit bei der Bildung sprechen.

Deswegen würde ich mir bei der Unterbringung sehr wünschen, dass auf eine gute Durchmischung gedacht wird. Vielleicht sollten wir dabei auch noch intensiver über Generationenhäuser nachdenken. Senioren, die bei der Integration von Flüchtlingen helfen und Flüchtlinge, die den Senioren bei alltäglichen Dingen unter die Arme greifen – ich denke, dieses Konzept hat große Potenziale und sollte intensiver verfolgt werden. Das wäre wirklich wünschenswert.

Wir müssen auch schauen, wie wir die Attraktivität ländlicher Gebiete für Flüchtlinge steigern. Wir haben aktuell viele Anfragen, vor allem aus den Ostländern, die uns Rückmeldung geben, dass die Geflüchteten lieber in einer Stadt leben wollen. Dort gibt es Moscheegemeinden, die für sie in ihrem bisherigen Leben immer eine zentrale Anlaufstelle waren. Hier haben sie Hilfestellungen bekommen und konnten religiöse Dienste in Anspruch nehmen. Zudem können sie dort verschiedene Angebote wie zum Beispiel Sprachkurse oder Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Diese Moscheegemeinden gibt es aber in ländlichen Regionen nur sehr vereinzelt. Sie fühlen sich daher häufig fremd und wollen schnell wieder weg. Es muss uns gelingen, dass diese Menschen sich dort zuhause fühlen und dort auch bleiben möchten. Ich finde es wichtig, die Verwaisung dieser Gebiete zu verhindern. Die Infrastruktur und die Schulen müssen wir dort in Gang halten, sie dürfen nicht geschlossen werden. Und da ist es natürlich wichtig, dass wir junges Blut in die ländlichen Gebiete reinbringen. Von daher finde ich eine Residenzpflicht im Allgemeinen vielleicht gar nicht mal so schlecht. Ein schwerwiegendes Problem in diesen ländlichen Gebieten ist aber der Rechtsradikalismus. Man wird dort leider nicht mehr so herzlich empfangen, wie ich 1974 von meiner deutschen Tante. Wir benötigen dringend eine Lösung. Vielleicht müssen wir zur Sensibilisierung der Bevölkerung Programme aufsetzen, um etwas Sympathie für diese Menschen zu entwickeln und Vorurteile abzubauen.

Eine Gruppe, die wir bei der Diskussion nicht vergessen dürfen, sind die älteren Menschen. Vor einem Jahr haben wir bereits an diesem „Runden Tisch“ im Rahmen der „Inklusiven Quartiersentwicklung“ über Sportangebote für Senioren im Allgemeinen diskutiert. Allerdings nicht im Speziellen mit einem Blick auf die Flüchtlingssituation. Gerade für ältere Flüchtlinge und Migranten müssen wir dringend Angebote schaffen – auch als Begegnungsstätten. Das darf sich nicht allein auf Sport beschränken. Ältere Migranten brauchen genauso Ruhezeiten oder einfache Räume, wo sie sich treffen und austauschen können.

Aktuell sind die ersten Anlaufstellen für diese Bedürfnisse die Moscheegemeinden. Die sind aber häufig sehr klein, veraltet und verfügen nicht über die erforderlichen Räumlichkeiten. Hier besteht Handlungsbedarf. Bereits jetzt besteht eine große Nachfrage, die sicherlich noch zunehmen



Abraham Naeim

wird. Es wäre natürlich schön, wenn das im Umkreis einer Moscheegemeinde wäre, wohin sie sowieso den Zulauf suchen.

Vielleicht noch eine Kleinigkeit zum Thema Jobsuche: Ich gehe nicht davon aus, dass die erste Generation eine Ausbildung machen und in ganz normale Berufe gehen wird. Ich denke eher, dass wie bei der ersten Gastarbeitergeneration viele den Weg in eine Selbstständigkeit suchen werden. Vielleicht werden die Dönerbuden dann abgelöst durch syrische Köstlichkeiten und man könnte schon in der Planung von Quartieren kleine Läden berücksichtigen. Dort könnten sie sich mit kleinem Geld ihre Existenzen aufbauen. Eventuell ist das der schnellste und beste Weg, wie man sie in Lohn und Brot bekommen kann. Danke schön.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank, Frau Soykan. Dieses Entrepreneurship hat Jamal Qaiser in seinem Buch „Der fremde Erfolgsfaktor“ beschrieben. Jamal Qaiser ist selbst als Pakistani nach Europa gekommen und inzwischen ein bekannter Textilunternehmer. Also das ist mit Sicherheit ein sehr, sehr wichtiger Gesichtspunkt.

Wir haben hinsichtlich der Integrationsaufgabe drei Zielgruppen: einmal die Kinder, dann die Jugendlichen und schließlich die Erwachsenen, die für den Arbeitsmarkt fit zu machen sind. Bei den Kindern, Herr Naeim, haben Sie eine gewisse Expertise. Sie sind Gründer von alma terra e.V. und versuchen in schwierigen Gebieten Kindern die Möglichkeit zum Spielen zu geben. Können Sie diese Initiative näher beschreiben, auch bezogen auf unseren heutigen Kontext, Flüchtlinge in Europa, Flüchtlinge in Deutschland?

Abraham Naeim: Zu Beginn möchte ich allen Teilnehmern für diese wertvollen Anregungen danken. Auch der Stiftung „Lebendige Stadt“ danke ich für die Einladung zu dieser exklusiven Runde.

Zu meinem Hintergrund: Ich bin gebürtiger Afghane und lebe seit 1980 in Deutschland. Ähnlich wie Frau Soykan habe auch ich erst ländlich gewohnt und bin dann später in der Großstadt, in

Hamburg, aufgewachsen. Wenn ich in Afghanistan bin, und auch hier bin ich in den letzten Jahren sehr viel tätig gewesen, werde ich nicht mehr als Afghane gesehen. Ich kann dort einen Turban aufsetzen und auch die afghanische Kleidung tragen, dann kommt ein kleiner Junge vorbei und sagt: Oh, guck mal der Amerikaner oder der Europäer, der ist so angezogen wie wir. Und dann sagt derjenige, der neben mir steht: Er ist auch ein Afghane. Das heißt, ich bin in meinem Geburtsland Afghanistan, obwohl ich die Sprache verstehe und mit der Kultur sehr empathisch umgehen kann, nicht mehr wirklich zu Hause. Ich bin da inzwischen entwurzelt und vor langer Zeit schon hier in Deutschland angekommen.

In all meinen Projekten, die ich im Ausland angehe, sehe ich einen sehr großen Schatz. Auch hier in Deutschland haben wir ganz, ganz große Schätze, die wir nicht übersehen sollten. Man könnte da zum Beispiel die Technik und die Innovationskraft dieses Landes anführen. Vor allem denke ich aber an die Menschen, die hier schon so viel für Migranten geleistet haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich kenne nur wenige Länder, die in der Vergangenheit schon so viel geleistet haben. Aktuell gilt es jetzt die Migrantenwelle zu meistern.

Im Jahr 2002 hatte ich in Afghanistan mein Schlüsselerlebnis. Nach den Kriegen in meinem Heimatland wurden viele Kriegsgegenstände einfach zurückgelassen. Egal ob in der Stadt, auf dem Land oder an den Flughäfen. Ich konnte beobachten, wie Kinder diese Gegenstände für sich entdeckten und damit spielten. Für Sie mag das jetzt sehr abenteuerlich klingen, aber wenn es keine Alternativen gibt, spielen Kinder mit dem, was da ist. Und in Afghanistan waren das eben alte Kriegsmaschinen. Für die Menschen vor Ort war das nichts Außergewöhnliches, sondern absolute Normalität. Ich sah hier dringenden Handlungsbedarf an kindgerechten Lebensräumen und Spielmöglichkeiten.

Das Problem war, dass es kaum Budgets gab. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kümmerte man sich vorrangig um den Aufbau neuer Schulen. Das war auch wichtig und wurde hervorragend umgesetzt, auch wenn es leider viel zu wenig Lehrkräfte gab. Neben den Schulen gab es keinerlei Rückzugsräume, wo die Kinder in geschützter Umgebung ihre Kindheit entfalten und einfach nur spielen konnten. Dem haben wir uns angenommen. Da wir über keine großen Gelder verfügt haben, bauten wir den Kindern mit einfachen Mitteln kleine Räume, die sie für sich nutzen konnten. Das Konzept haben wir über die Jahre weiterentwickelt. Inzwischen machen wir das seit zwölf Jahren über ganz Afghanistan verstreut und haben das Konzept sogar nach Afrika gebracht. Es ist ein sehr einfaches Konzept, dass sich überall auf der Welt umsetzen lässt – auch in Deutschland.

Ich wurde immer wieder gefragt: „Abraham, was tust du denn für die Menschen in Deutschland? Auch in Deutschland gibt es Bedarf, wie kannst du hier helfen?“ Vor zwei Jahren haben wir dann die Spielplatz-Olympiade für Kinder in Hamburg entwickelt. Dort kommen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund aus allen Hamburger Stadtteilen zusammen und haben einen super Tag. Auch das ist wieder ein ganz einfaches Konzept, was sich aber großer Beliebtheit erfreut. Manchmal muss man Dinge einfach nur angehen!

Das letzte Projekt konnten wir kürzlich dank der Unterstützung der Dorit & Alexander Otto Stiftung realisieren. Ich bin selbst in Flüchtlingscamps aktiv. Ich bin ein Mensch mit Visionen, der Projekte entwickelt und sie auch operationalisiert. Das heißt, ich bin auch mit auf dem Feld, wenn es um die Durchführung geht. In der Schnackenburgallee in Hamburg haben wir ein Flüchtlingscamp mit 2.700 Menschen. Das hat einen sehr speziellen Charakter, wenn man dort hineingeht. Es ist eine eigene kleine Stadt geworden, und das bringt natürlich sehr viel Unruhe mit sich. Da treffen Massen an Menschen auf einem sehr begrenzten Raum aufeinander. Der überwiegende Teil der Bewohner ist männlich. Die weiblichen Flüchtlinge geraten dort ein bisschen in Verges-

senheit. Es gab keine Angebote für Frauen und es gab auch keine Räume, wo sie mal nur für sich sein können.

Daher haben wir das Projekt „Kulturoase“ entwickelt, das speziell auf Frauen zugeschnitten ist. Wir haben dort zwei große Zelte für ca. 30 Personen aufgebaut, die nur Frauen betreten dürfen – hier haben Männer nichts verloren. Das ist ein Ort, der nur für Frauen geschaffen wurde. Wir bieten den Frauen in diesen Zelten ein spezielles Angebot, verschiedene Kurse werden angeboten, wie psychologische Indikation, das Alphabetisieren geht da los, es gibt Kunst und vieles mehr – im Grunde genommen bestimmen die Frauen selbst, was dort geboten wird. Das Projekt wird positiv angenommen und dank der Unterstützung der Dorit & Alexander Otto Stiftung ist die Finanzierung für das erste Jahr gesichert.

Wir haben hier viele Statements und auch Meinungen gehört. Ich habe den Vorrednern und Herrn Buch sehr aufmerksam zugehört. Ich finde, es ist eine sehr gute Idee, aufzustocken und nicht alles neu zu bauen. Neubau wird vielerorts aufgrund der wenigen verfügbaren Grundstücke schwierig, Herr Dr. Wieland hatte das angesprochen.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank für Ihr Statement und den Einblick in Ihre Arbeit, Herr Naeim. Sie sind ein gutes Beispiel für das Engagement der Bürgergesellschaft in Hamburg. Ohne Bürgergesellschaft werden wir diese Herausforderung der Integration nicht meistern können. Da gibt es ja bundesweit weitere Beispiele.

Bei dem Thema Bürgergesellschaft möchte ich Sie, Herr Prof. Schwenker, ansprechen. Ihre Studie verdeutlicht, dass es ohne die Bürgergesellschaft nicht gehen wird. Zudem unterhalten Sie mit der Roland Berger Stiftung ein Jugendhaus für junge Flüchtlinge aus verschiedenen Ethnien. Ich würde Sie bitten, das einmal darzustellen, um uns auch insgesamt deutlich zu machen, was Herr Scheele gesagt hat. Natürlich wird das etwas kosten. Wir müssen diesen Aufwand aber betreiben, um die jungen Leute hier ordentlich in Deutschland oder in Europa zu integrieren. Bitte schön, Herr Prof. Schwenker.

Prof. Dr. Burkhard Schwenker: Vielen Dank! Im Grunde genommen, meine Damen und Herren, ist dem, was wir schon gehört haben, gar nicht mehr viel hinzuzufügen. Es gibt ganz einfach zwei Ebenen, in denen wir uns diesem Thema nähern können: Eine konzeptionelle Ebene, in der es um Zahlen und mögliche Maßnahmen geht, und eine persönliche, in der das „Helfen wollen“ im Vordergrund steht. Das haben wir versucht in unserer Studie deutlich zu machen, die sich ja auch mit den Rahmenbedingungen auseinandersetzt, in denen Integration stattfinden wird. Dazu gehört eben auch die Wachstums- und Wirtschaftspolitik, denn ich gehöre zu denjenigen, Sie haben das in der Studie vielleicht gelesen, die glauben, dass die Digitalisierung unsere Arbeitswelt sehr schnell verändern wird. Möglicherweise haben wir dadurch viel früher als wir heute denken eher zu viele als zu wenige Menschen auf unseren Arbeitsmärkten. Das macht eine gute Ausbildung noch wichtiger und deswegen war ganz entscheidend, was Herr Scheele dazu gesagt hat. Hier muss wirklich investiert werden, auch persönlich.

Das ist auch ein Punkt, den wir in unseren Flüchtlingsheimen sehr intensiv ansprechen. Wir müssen gerade junge Flüchtlinge davon überzeugen, in ihre Ausbildung zu investieren, denn natürlich gibt es sehr schnell die Hoffnung und häufig auch die Notwendigkeit, Geld zu verdienen. Das Verständnis dafür, dass Ausbildung wichtig ist, eine Perspektive schafft, aber auch Zeit kostet, dass es drei, vier Jahre braucht, um einen qualifizierenden Berufsabschluss zu erwerben, das entsteht nicht von alleine. Das braucht persönliche Überzeugung, das braucht Hinführung und Vertrauen; und das ist nicht immer ganz einfach zu leisten.



Prof. Dr. Burkhard Schwenker

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der in unseren Flüchtlingsheimen eine Rolle spielt, der aber auch darüber hinaus von Bedeutung ist: Ich glaube, wir können viel besser integrieren, wenn wir Kultur und unsere Kultureinrichtungen dafür stärker nutzen. Anders ausgedrückt: Für mich geht es darum, mit Kultur Kulturen zu verbinden. Und das heißt ganz einfach, dass wir auch unsere Museen, Theater und Orchester in diesen Integrationsprozess einbinden müssen. Ich stehe in Hamburg den Hamburger Symphonikern vor und weiß daher sehr genau, was man damit bewegen kann, wenn Musiker in Flüchtlingsheime gehen oder wenn Flüchtlinge in die Musiksäle kommen, um zu musizieren, um zu reden, um Kultur zu verstehen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Aspekt, der in den allgemeinen Maßnahmen etwas zu kurz kommt. Deswegen spielt er in der Studie auch eine große Rolle. Durch mehr Förderung können wir hier noch sehr viel mehr bewegen.

Vielleicht ein vierter Punkt, der gerade bei unseren Jugendlichen in den Flüchtlingsheimen, aber eben auch darüber hinaus wichtig ist. Sie haben das schon angesprochen, Herr Scheele; mir geht es um mehr Flexibilität in der Ausbildung. Denn viele Flüchtlinge bringen gute praktische, handwerkliche Fähigkeiten mit, aber der theoretische Teil der Ausbildung überfordert viele, auch wegen der Sprachkenntnisse. Wenn man das entzerren könnte, beispielsweise durch eine zweistufige Ausbildung, könnten wir relativ schnell viel mehr erreichen.

Ich hätte noch einen fünften Punkt, der mit unseren Flüchtlingsheimen und den anderen Maßnahmen direkt nichts zu tun hat, der aber für mich, Frau Soykan hat ihn angesprochen, einer der wichtigsten überhaupt ist. Mir geht es um die Übernahme von persönlichen, individuellen Paten- oder Mentorenschaften. Meine Frau und ich haben eine Patenschaft übernommen, deswegen kann ich aus meinen ganz persönlichen Erfahrungen berichten. Wir begleiten einen jungen Afghanen, für den wir eine Wohnung und einen Ausbildungsplatz finden konnten und dem wir auch sonst mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dadurch haben wir viel erlebt und auch, wie schwierig das alles ist und welche Barrieren überwunden werden müssen. Auch wie viel Führung und wie viel Betreuung notwendig ist, um Vertrauen und Perspektiven aufzubauen. Deswegen bin ich der

Überzeugung, dass uns wirkliche Integration nur gelingen kann, wenn wir mehr Menschen davon überzeugen, diese persönlichen Mentoren- oder Patenschaften zu übernehmen.

Auch über unsere Studie hinaus habe ich gerade zu diesem Thema viele Diskussionen geführt: Was kostet das, wenn ich eine Patenschaft übernehme? Was sind die Schwierigkeiten und Herausforderungen? An wen kann ich mich wenden? Wer kann mich beraten? Wie finde ich überhaupt ein Patenkind? All diese ganzen praktischen Punkte spielen hier eine wichtige Rolle. Wenn wir das etwas systematischer angehen könnten und mehr Hilfestellung geben würden, dann könnten wir auch mehr Menschen davon überzeugen. Das wäre meiner Meinung nach der wichtigste Schritt zur Integration.

Sehen Sie es mir nach, das ist nicht konzeptionell, sondern sehr persönlich. Aber ich glaube, wenn wir über Integration reden, dann müssen wir die Schicksale persönlich an uns herankommen lassen. Dann können wir helfen. Vielen Dank.

Dr. Hanspeter Georgi: Herr Prof. Schwenker, das glauben wir, glaube ich, alle. Ich bin vor Kurzem auch über ein Beispiel im Saarland gestolpert. Hier lebt eine syrische Familie seit zwei Jahre, engagiert sich in der Gemeinde und bei gemeinschaftlichen Veranstaltungen. Die beiden Söhne, 13 und 15, gehen in die Schule und sprechen perfekt Deutsch. Sie werden gefragt: Wie ist es mit eurem Vater? Er sei Elektriker von Beruf, aber er wäre noch nicht so gut in Deutsch. Das Thema ist: Er braucht einen Coach, der ihn motiviert, der ihn zur Handwerkskammer oder zur Industrie- und Handelskammer führt. Deswegen bin auch ich der Überzeugung, dass es ohne bürgerschaftliches Engagement nicht gehen wird. Es gibt schon viele Initiativen, aber sie müssen noch verbreitert werden.

Sie haben das Stichwort, das Jugendheim, noch einmal erwähnt. Ich bin vor Kurzem bei der Vorbereitung des heutigen Nachmittags auf einen Bericht aus Ihrer Stadt München, Herr Schmid, gekommen. Dort heißt es: Niemand ist motivierter als Flüchtlinge. Ein Herr Stenger hat eine Schule nur für Flüchtlinge aufgebaut. Es ist wirklich lesenswert, wie er den Umgang mit den jugendlichen Flüchtlingen zielorientiert managt. Einübung von Disziplin sei als Beispiel genannt: Wenn einer fünf Minuten zu spät kommt, ist er am nächsten Tag pünktlich da. Es ist aber aufwendig und man muss sich dieser Aufgabe stellen.

Sie haben auch Kultureinrichtungen erwähnt. Wir haben ja auch den Sport hier vertreten. Herr Dr. Vesper, welche Rolle und welche Aufgaben könnte der Sport für die Integration übernehmen. Vielleicht kann Frau Bruhn das noch ergänzen. Bitte, Herr Vesper.

Dr. Michael Vesper: Sehr gerne, Herr Vorsitzender. Der Sport ist im Wesentlichen in zweierlei Hinsicht involviert. Zum einen, das wissen Sie alle, sind viele Turnhallen beschlagnahmt worden. In den besten Fällen ist es vorher mit den Sportvereinen besprochen worden. Wenn man alle Sportvereine zusammenzählt, sind davon etwa 3.000 Sportvereine in Deutschland betroffen gewesen. Die Situation nimmt jetzt ab und viele Sporthallen stehen wieder ihrer ursprünglichen Funktion zur Verfügung. Es gibt Städte, zum Beispiel Hamburg, und ich hoffe das ist noch aktuell, Herr Prof. Walter, wo keine einzige Sporthalle in Anspruch genommen worden ist. In anderen Städten, etwa in Bremen, sind sehr viele genutzt worden. Die Arbeit der Sportvereine ist dort in der kälteren Jahreszeit teilweise zum Erliegen gekommen. Es ist falsch zu glauben, dass das eine günstige Unterbringungsmöglichkeit ist. Turnhallen sind nicht dazu gemacht, dass dort Menschen wohnen und übernachten. Die Sanierungskosten sind hinterher ganz erheblich, sodass eine Hotel- oder Pensionsunterbringung sehr viel günstiger wäre.

Der Sport ist eines der besten Integrationsinstrumente, die wir besitzen. Wenn man einem geflüchteten Kind, das hier zu uns kommt, einen Ball in die Hand drückt, dann leuchten die Augen



Dr. Michael Vesper

und es geht gleich los. Bei anderen Sportarten verhält es sich ähnlich. Die Sprache des Sports ist international bekannt, dafür braucht man keinen Sprachkurs, damit kann man sofort anfangen. Man bewegt sich und schafft Gelegenheiten, Selbstbewusstsein zu tanken.

Deswegen haben wir ja auch das Programm „Integration durch Sport“, das es jetzt seit knapp 30 Jahren gibt. Es wurde damals geschaffen, als viele Aussiedler zu uns kamen. Die Mittel dafür sind jetzt von der Bundesregierung verdoppelt worden, wofür wir sehr dankbar sind. Statt 5,4 Millionen Euro stehen uns in diesem Jahr 11,4 Millionen Euro zur Verfügung. Wir hoffen, dass das im nächsten Jahr auch noch so ist. Dieses Programm setzen unsere Sportvereine dort um. Ich bin sehr positiv überrascht, wie die Stimmung an der Basis ist. Leider gibt es auch im Sport Fremdenfeindlichkeit, und es gibt auch hier Leute, die das alles für falsch halten. Aber die Stimmung in unseren Vereinen ist außerordentlich positiv. Da herrscht wirklich noch immer eine Willkommenskultur. Die Vereine machen sich viele Gedanken: Wie können wir Geflüchtete integrieren, wie können wir die Kinder und Jugendlichen abholen? Dafür bin ich wirklich sehr dankbar. Das ist eine sehr, sehr positive Erfahrung.

Dr. Hanspeter Georgi: Danke schön, Herr Dr. Vesper. Frau Bruhn, möchten Sie das ergänzen?

Kirsten Bruhn: So arg viel zu ergänzen gibt es nicht. Ich denke, dieses spielerische Miteinander ist einfach vorurteilsfrei und man ist froh, dass man miteinander agieren kann. Ich möchte noch auf Standards und Vorschriften hinweisen, die wir in Deutschland haben und die wir als unbedingt notwendig erachten. Hier sollte man gegebenenfalls ein bisschen relativieren können.

Ich komme aus Neumünster in Schleswig-Holstein. Wir haben dort eine Flüchtlingsunterkunft, die dringend einen Rollstuhl für ein kleines Kind benötigte. Es gibt unzählige Rollstühle, die wir in Deutschland nicht mehr gebrauchen können oder dürfen, weil sie dem Standard nicht entsprechen. Ein orthopädisches Institut hatte einen solchen ausgemusterten Rollstuhl, der eigentlich noch voll funktionsfähig war. Der Rollstuhl hätte dem Kind wirklich sehr geholfen. Das Institut



Prof. Jörn Walter, Kirsten Bruhn

durfte dem Kind den Rollstuhl nicht geben, da dieser den Standrads nicht mehr genügte. Es wurde eine Sperre verhängt und das Kind musste warten. Hier stellt sich die Frage, ob wir noch auf dem richtigen Weg sind!? Auch bei Unterarmgehstützen verhält es sich ähnlich. Dabei ist es nicht schlimm, wenn die getaped sind oder wenn die vielleicht mal repariert wurden. In dem Moment sind sie einfach ein Hilfsmittel und können die Lebensbedingungen vieler Menschen sehr schnell verbessern. Es fehlt mir das Verständnis, warum wir nicht schnell helfen dürfen. Ich denke, man muss sich auch vor Augen halten, dass viele Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern einen ganz anderen Standard gewohnt sind und einfach nur schnell versorgt werden wollen. Hier sollten wir überlegen, ob wir relativieren und unsere Standards der aktuellen Situation anpassen können.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank. Frau Özkan, Sie hatten sich zu Wort gemeldet.

Aygül Özkan: Animiert durch die Beiträge von Herrn Prof. Schwenker und Herrn Scheele wollte ich gerne noch zwei Anmerkungen machen. Das sind zwei Punkte, die meiner Meinung nach unterschieden werden müssen.

Es ist wichtig, den Menschen, die hier ankommen, den Wert der Berufs- und Schulausbildung zu vermitteln. Aus ihren Herkunftsländern kennen die Menschen dieses System nicht. Sie kennen auch unser mehrgliedriges Schulsystem nicht. Die Eltern der Kinder, die jetzt eingeschult werden, müssen das System verstehen und ihm vertrauen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Auch die Lehrer und Ehrenamtlichen müssen um die Situation wissen und diese Menschen für unser Schulsystem gewinnen.

Gleiches gilt für unser duales Ausbildungssystem. Bei der Gastarbeitergeneration haben wir das schon erlebt. Da war bei vielen der Gedanke „schnell Geld verdienen, wir gehen sowieso zurück, warum also in eine Berufsausbildung investieren?“. Das wird bei den Flüchtlingen jetzt vielleicht auch ein Thema werden. Wir müssen aufpassen, dass aus solchen Gedanken keine mangelnde Motivation entsteht, sich auf unsere Berufsausbildung einzulassen und vermitteln, dass eine gute



Aygül Özkan

Ausbildung für unser Jobsystem von großer Bedeutung ist. Viel Aufklärungsarbeit ist nötig, u. a. durch die Agentur für Arbeit. Ich denke aber, bei dieser Arbeit dürfen wir sie nicht alleine lassen. Auch ehrenamtlichen Organisationen und muslimische Verbände müssen wir mit ins Boot holen. Wir müssen diesen Organisationen Mittel geben und dazu befähigen, mit ihren Mitarbeitern Aufklärungsarbeit zu leisten. Das war damals ungemein schwierig und hat eine Menge Überzeugungskraft gekostet. Wir haben sogar versucht, über die Konsulate der Herkunftsländer das Ausbildungssystem klar zu definieren. Es gab dazu die Kampagne „goldener Armreifen“ – man kann die Menschen am besten mit Bildern erreichen. Eine Berufsausbildung ist wie ein goldener Armreifen. Damit konnten die Menschen etwas anfangen, weil Gold wertvoll ist und weltweit eine Bedeutung hat. Mit solchen Dingen müssen wir auch jetzt wieder an die Menschen herantreten.

Ein weiterer Aspekt bzw. eine Frage an Herrn Scheele: Wie sieht es denn mit Zeitarbeit aus? Sollten wir nicht versuchen, die Flüchtlinge, insofern ihre Ausbildung oder ihre Qualifikation anerkannt ist, auch in Zeitarbeit in den Berufsalltag einzuführen? Ich glaube, dieses kategorische Ausschließen und Ablehnen werden wir nicht durchhalten können.

Dr. Hanspeter Georgi: Sie haben viele Aspekte angesprochen, die die berufliche Qualifizierung angeht und die Gefahr, dass der eine oder andere wieder zurückwandern wird in sein Herkunftsland. Da hat der Nobelpreisträger für Ökonomie vom letzten Jahr gesagt: Das ist die effizienteste Entwicklungshilfe, die wir machen können. Deswegen kann ich nur sagen: Wir müssen auf jeden Fall in die Qualifizierung investieren, auch auf die Gefahr hin, dass ein großer Teil wieder zurückwandern sollte.

Zu Ihren Ausführungen zum Bildungssystem: Ich habe vorhin das Papier von Herrn Buschkowsky zitiert. Er fordert eine Kindergartenpflicht und verbindliche Ganztagschule. Es würde mich interessieren, wie die Vertreter der Kommunen dazu stehen. Persönlich kann ich dieser Maxime folgen, weil man damit natürlich einen entsprechenden Druck ausüben kann, dass die Bildungsangebote angenommen werden. Herr Oberbürgermeister Jung, Sie haben sich zu Wort gemeldet.



Michael Batz, Burkhard Jung, Robert Heinemann

Burkhard Jung: Ich möchte nicht alles wiederholen, was gesagt wurde. Die zentralen Stichpunkte sind genannt: Wohnen, Sprache, Arbeit, Bildung, Teilhabe, Sport, Kultur. Aber ich glaube, ein Aspekt ist zu wenig aufgefallen, und das ist in der Tat der Widerstand in der Zivilgesellschaft, in der Bürgerschaft. Das Thema Fremdenfeindlichkeit tauchte nur am Rande auf. Ich möchte noch mal ausdrücklich Prof. Schwenker unterstützen: Wir werden nur dann eine Chance haben, wenn die Zivilgesellschaft das Thema mitträgt und Beheimatung zulässt. Ich benutze jetzt ganz bewusst nicht den Begriff „Integration“. Das wird nur gehen, wenn wir Menschen haben, die sich im Ehrenamt aktiv vor Ort einsetzen.

Ich habe für Leipzig ausrechnen lassen, wie viele in diesem Bereich ehrenamtlich tätig sind. Das Ergebnis ist unglaublich ermutigend. Wir haben über 8.000 Ehrenamtliche, die ganz aktiv, jede Woche konkret etwas tun. Dabei spreche ich nicht von Kleidersammlungen, sondern von Patenschaften, Dolmetscherdiensten, medizinischen und psychologischen Hilfen, Begleitung zu Ämtern, Hausaufgabenhilfen, Sprachkursen usw. Wir haben in Leipzig ca. 8.000 Flüchtlinge. Das heißt, wir haben mehr Ehrenamtliche als Flüchtlinge. Das macht Mut und gibt Kraft. Das tut auch allen, die vor Ort Verantwortung haben und massiv kritisiert werden, unglaublich gut. Deswegen noch einmal ein glühendes Plädoyer: Was können wir tun, um diese Menschen mit Herz zu ermutigen, zu unterstützen? Auch die Ermutigten brauchen Ermutigung. Wie können wir dieses Ehrenamt immer wieder fördern? Wie können wir es ins Wort heben, wie können wir es öffentlich noch mehr würdigen? Dabei meine ich nicht Geldleistung, sondern ich spreche über Würdigung. Darin liegt der Schlüssel, ob es uns gelingt, Widerstände in der Beheimatung von Menschen, die zu uns kommen, zu überwinden.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank für diese Anregung. Herr Dr. Mattner wird nachher aus der Sicht des Vorstands weitere Schritte in der Stiftungsarbeit aufführen. Das könnte ja zum Beispiel ein Wettbewerbsthema sein. Herr Naeim, Sie wollten noch etwas ergänzen.



Reinhard Paß, Abraham Naeim

Abraham Naeim: Herr Jung, ich kann Sie nur unterstützen. Das wäre auch mein Plädoyer gewesen. Ich weiß nicht, wo wir ohne dieses ehrenamtliche Engagement heute stehen würden. Auch ich bin der Meinung, dass wir unbedingt Programme benötigen, durch die die vielen Ehrenamtlichen Wertschätzungen erfahren. Dieses Engagement ist keine Selbstverständlichkeit.

Dr. Hanspeter Georgi: Danke, Herr Naeim. Herr Scheele, Frau Özkan hatte Sie noch nach einem Verbot der Zeitarbeitnehmerschaft angesprochen.

Detlef Scheele: Das kann ich ganz kurz machen: Nein, Zeitarbeit ist nicht verboten.

Dr. Hanspeter Georgi: Ich würde Ihnen gerne noch ein paar zusätzliche Fragen stellen und bitte um kurze Antworten. Bei der beruflichen Ausbildung gibt es das Thema „Drei plus zwei“. Nach einer dreijährigen Ausbildung darf der Ausgebildete zwei Jahre hier bleiben, wenn er nicht als asylberechtigt anerkannt worden ist. Danach muss er zurück in sein Heimatland. Aus dem Handwerk höre ich immer wieder, das ist zu wenig. Die Industrie könnte mit dem Model leben, aber das Handwerk ist mit dieser Regelung nicht glücklich. Wie stehen Sie zu dem Model?

Zweite Frage: Wie stehen Sie zu dem dreimonatigen Arbeitszeitverbot. Ich werde von den Bürgerinnen und Bürgern sehr häufig angesprochen: Warum darf einer, der jetzt zu uns kommt, nicht arbeiten?

Dritte Frage ist: Was ist mit der Vorrangprüfung für EU-Bürger? Muss man nicht die Positivliste erweitern?

Letzte Frage: In der Studie der Roland Berger Stiftung wird sich dafür ausgesprochen, unsere Berufsbilder zusätzlich zu differenzieren und kürzere Ausbildungsgänge zu kreieren. Nach dem



Detlef Scheele, Dr. Hanspeter Georgi

Bestehen des kürzere Ausbildungsgangs kann dann die nächste Stufe gemacht werden. Was halten Sie von dieser Idee?

Detlef Scheele: All diese Themen haben eine gewisse Sprengkraft.

Zur Zeitarbeit: Ich sehe zurzeit keine Diskriminierung. Ich war kürzlich zu einem Austausch beim Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) in Berlin. Zeitarbeit ist durchaus ein Instrument, das temporär ganz gut geeignet ist, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu schaffen. Bei der Bundesagentur für Arbeit kooperieren wir viel mit Zeitarbeitsfirmen, teilweise sogar so viel, dass wir dafür kritisiert worden sind. Aber gerade bei den Flüchtlingen ist es durchaus ein Mittel, temporär Beschäftigung zu schaffen, ohne dass ein Arbeitgeber zum Beispiel den Kündigungsschutz gleich mit erhält, denn darum geht es. Da würde ich jetzt keinen Bedarf sehen.

Zu „Drei plus zwei“: Unsere Position lautet, dass eine Verlängerung des Aufenthaltsstatus über die Ausbildung hinaus erforderlich ist. Demnach waren wir sehr froh, dass die Bundesregierung den Punkt in das Gesetzgebungsverfahren gebracht hat. Ich habe nicht vernommen, dass es flächendeckend mit den zwei Jahren danach nicht ausreicht. Bisher dachte ich, es seien jetzt alle damit zufrieden. Es wäre ein Risiko, wenn man den Kompromiss der großen Koalition jetzt wieder aufgräbt, dann könnte es sein, dass ein ganz großes Bundesland sagt: Jetzt machen wir nicht mit. Das halte ich nicht für ausgeschlossen. Deshalb sollte man das lieber so laufen lassen, wie es jetzt ist.

Zum dreimonatigen Arbeitsverbot: Das wird überbewertet, weil die Zeit generell zur Etablierung des Menschen in Deutschland gebraucht wird. Es kann keiner aus dem Boot steigen und am nächsten Tag als Helfer bei Lufthansa arbeiten, das ist unsinnig. Eine gewisse Ankunftszeit wird benötigt, um sich überhaupt zurechtzufinden. An den drei Monaten braucht man nicht rütteln, sie sind meiner Meinung nach nicht relevant.

Zur Vorrangprüfung: Ein anerkannter Asylbewerber ist Einheimischen und EU-Inländern gleichgestellt. Es gibt keine Vorrangprüfung bei jedem, der anerkannt ist. Dem stehen alle Förderinstrumente und jeder Arbeitsplatz offen. Deshalb rufe ich Arbeitgeber immer zur Ruhe auf. Wenn erst einmal alle Flüchtlinge eingestellt sind, die anerkannt wurden, dann können wir auch über den Rest sprechen. Das ist nämlich gegenwärtig gar nicht nötig, weil so viele Menschen in Deutschland sind, für die die Vorrangprüfung gar nicht mehr zutrifft. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund sitzen zusammen am Tisch und diskutieren die Vorrangprüfung. Doch glaube ich nicht, dass es zu einer Lösung kommen wird, da die zwei sich bei diesem Thema konträr gegenüberstehen. Bei anerkannten Flüchtlingen ist das überhaupt kein Thema und da, wo wir wissen, dass es zwar formal Bevorrechtigte gibt, werden sie nicht genutzt, da wir wissen, dass wir sie nicht zuweisen können.

Die komplizierteste Frage ist die der deutschen Berufsbilder. Als erstes sollten wir die Flüchtlinge als Helfer einstellen und berufsbegleitend qualifizieren. Die Berufsbilder jedoch komplett neu zu überdenken, halte ich für nicht förderlich, vor allem wenn man bedenkt, dass wir dafür den Bundesrat, den Bundestag, das Bundesinstitut für Berufsbildung usw. benötigen. Diesbezüglich ist der Föderalismus auch nicht hilfreich. Wir sollten die Flüchtlinge einstellen, sobald sie arbeiten dürfen. Wir müssen die Kompetenzen real erfassen und schauen, was sie können. Mit unseren finanziellen Mitteln können spezielle Anpassungsfortbildungen gemacht werden, mit dem Ziel, viele Facharbeiter auf den Markt zu bringen. Das halte ich für den besseren Weg, als die Berufsbilder zu verändern oder die Anforderungen und das Niveau herunterzuschrauben.

Zurzeit arbeiten wir mit der Bertelsmann-Stiftung an einer Möglichkeit zur Kompetenzerfassung. Hier wird erfasst, welche Qualifikationen die Flüchtlinge mitbringen. Ein Anerkennungsgesetz liegt vor, allerdings fehlt es an der Routine, diese Mengen zu bewältigen. Wir sind dabei, ein kürzeres und schlankeres Verfahren zu entwickeln. Eine berufsbegleitende Fortbildung scheint in jedem Fall der richtige Weg zu sein.



Prof. Dr. Dittmar Machule, Robert Heinemann, Prof. Dr. Willi Alda

Eine letzte Anmerkung: Als ich aus dem Senat in Hamburg ausgeschieden bin, hatte Hamburg 231 internationale Vorbereitungsklassen, ähnlich wie in anderen Bundesländern und Städten. Kinder, die mit ihren Eltern oder unbegleitet einreisen, gehen relativ schnell in die Regelschulen. Sie haben für den Übergang in den Beruf sehr gute Chancen. Um sie muss man sich am wenigsten Sorgen machen. Komplizierter wird es bei der Gruppe der über 40-Jährigen, die ohne jegliche Berufsqualifizierung und mit geringen allgemeinbildenden Kenntnissen zu uns kommen. Für sie wird es am Arbeitsmarkt schwer.

Dr. Hanspeter Georgi: Was die Talentdiagnostik angeht, da kann ich Ihnen Peter Hartz empfehlen. Er hat mit seiner Stiftung SHS-Foundation fünf Jahre mit Wissenschaftlern für das Thema „Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa“ zusammengearbeitet. Herausgekommen ist ein Instrumentarium, das sehr effizient und günstig ist. Es lässt sich sicherlich mit gewissen Modifikationen auch für die Kompetenzermittlung bei Flüchtlingen einsetzen. Herr Dr. Mattner, wie sehen die weiteren Schritte für die Stiftungsarbeit aus?

Dr. Andreas Mattner: Es hat sich bewährt, dass wir den Gipfel dokumentieren. Das Buch vom letztjährigen „Runden Tisch“ in Köln liegt ja auf Ihrem Tisch. Mit der Premierenausgabe und den Fotos bei gutem Wetter ist nicht nur der Beweis angetreten worden, dass in Köln die bessere Sonne scheint, sondern auch, dass wir die Themen gut aufarbeiten können zum Nachlesen. Wir werden das Kompendium dann wieder einem qualifizierten Verteiler zukommen lassen.

Weiterhin werden wir die Gelegenheit haben, die Anregungen aus dem heutigen Dialog in den Flüchtlingsgipfel der Kanzlerin einzuspeisen. Mit Dr. Michael Vesper haben wir neben mir ein zweites Gremienmitglied, das an dem Gipfel teilnimmt – schließlich spielt auch Sport mit seiner Integrationskraft dort eine große Rolle.

Zusätzlich sitzen wir dort in Arbeitsgremien zusammen. Mit Spiegelreferaten des Bundeskanzleramtes lässt sich das Thema Flüchtlinge aufarbeiten. Auch dort werden wir Anregungen geben.



Lutz Lienenkämper

Nicht zuletzt natürlich auch mit Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier, mit dem wir auch den entsprechenden Kontakt pflegen.

Außerdem wird es auch wieder einen Bericht in unserem Journal geben. Mit dem Journal erreichen wir deutschlandweit 21.000 qualifizierte Kontakte. Der Vorstand der Lebendigen Stadt wird sich in einer Klausurtagung im Mai intensiv mit dem Thema beschäftigen. So war es auch schon bei der „Inklusiven Quartiersentwicklung“. Für uns ist nie Schluss, wenn der Runde Tisch getagt hat. Die Inhalte fließen immer wieder in verschiedene Förderprojekte oder Details unserer Stiftungsarbeit ein. Wir entwickeln zum Thema „Inklusive Quartiersentwicklung“ immer wieder verschiedene Förderprojekte und können dann die Anregungen des „Runden Tisches“ einfließen lassen.

Der Stiftungspreis 2016 widmet sich ebenfalls unserem heutigen Thema. Er beschäftigt sich mit der Integration von Flüchtlingen durch Sport. Ich glaube also, dass die wertvollen Anregungen, die heute gegeben worden sind, gut aufgehoben sind und auch gehört werden. Davon bin ich überzeugt und möchte mich bei allen Teilnehmern für Ihre Beiträge bedanken.

Dr. Hanspeter Georgi: Vielen Dank für dieses Fazit aus der Sicht des Vorstands. Lassen Sie mich ein kurzes Schlusswort sprechen. Karl Popper sagt: „Optimismus ist Pflicht. Es ist unsere Pflicht, optimistisch zu sein, denn nur von solch einer optimistischen Grundhaltung heraus ist es möglich, seine Möglichkeiten optimal zu nutzen“. Die Möglichkeiten haben wir – das haben wir in den verschiedenen Beiträgen gehört.

Ich bedanke mich bei den Experten und allen Gremienmitgliedern für Ihre Anregungen am „Runden Tisch“ der Stiftung „Lebendige Stadt“. Je besser wir gemeinsam die Herausforderung meistern, umso geringer ist die Anfälligkeit für Kriminalität, umso geringer ist der Nährboden für Fundamentalismus, umso geringer ist die Inanspruchnahme der Sozialsysteme und umso geringer ist die Gefahr des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens. Herzlichen Dank für Ihre engagierte Teilnahme!



Dr. Eckart John von Freyend



Bärbel Schomberg

Impressum

2. „Runder Tisch“ der Stiftung „Lebendige Stadt“
- GESELLSCHAFTLICHER DIALOG ZUR FLÜCHTLINGSINTEGRATION -

Redaktion:

Timur Öztürk

Beiträge:

Rolf Buch

Alexander Otto

Prof. Dr. Burkhard Schwenker

Gestaltung:

Societäts-Verlag, Frankfurt am Main

Fotos:

Thomas Lohnes (action press)

S. 2, Portraitlebild Alexander Otto (ECE Projektmanagement G.m.b.H.)

S. 5, Portraitlebild Prof. Dr. Burkhard Schwenker (Roland Berger)

S. 7, Portraitlebild Rolf Buch (Vonovia SE)

Internet:

www.lebendige-stadt.de

Hamburg, Juni 2016

